

**2010**

**Ausgegeben zu Bonn am 25. März 2010**

**Nr. 7**

Tag	Inhalt	Seite
2. 3. 2010	Verordnung zu der Vereinbarung vom 28. August 2009 zwischen dem Bundesministerium der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Arbeit und soziale Angelegenheiten der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung illegaler Beschäftigung, nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit und illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit sowie damit in Zusammenhang stehendem grenzüberschreitenden Missbrauch von Sozialleistungen und der Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen . . . . .	154
3. 2. 2010	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-brasilianischen Abkommens über Zusammenarbeit im Energiesektor mit Schwerpunkt auf erneuerbarer Energie und Energieeffizienz . . . . .	171
3. 2. 2010	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-brasilianischen Abkommens über Partnerschaft und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit . . . . .	171
3. 2. 2010	Bekanntmachung des deutsch-kasachischen Abkommens über die Befreiung von der Visumpflicht für Inhaber von Diplomatenpässen . . . . .	172
3. 2. 2010	Bekanntmachung des deutsch-brasilianischen Abkommens über die Erwerbstätigkeit von Familienangehörigen von Mitgliedern einer diplomatischen oder berufskonsularischen Vertretung . . . . .	175
9. 2. 2010	Bekanntmachung des deutsch-nicaraguanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit . . . . .	177
9. 2. 2010	Bekanntmachung des deutsch-tunesischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit . . . . .	179
17. 2. 2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (Aarhus-Übereinkommen) . . . . .	181
17. 2. 2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen . . . . .	181
17. 2. 2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen . . . . .	182
17. 2. 2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über Wasser und Gesundheit zu dem Übereinkommen von 1992 zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen . . . . .	182
23. 2. 2010	Bekanntmachung des deutsch-vietnamesischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit . . . . .	183
1. 3. 2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge . . . . .	185
1. 3. 2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Meeresbodenbehörde . . . . .	185
1. 3. 2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über die Vorrechte und Immunitäten der Europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT) . . . . .	186
1. 3. 2010	Bekanntmachung der deutsch-montenegrinischen Vereinbarung über die Ausbildung von Angehörigen der Streitkräfte von Montenegro in Einrichtungen der Bundeswehr im Rahmen der Militärischen Ausbildungshilfe . . . . .	186
1. 3. 2010	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Genfer Fassung vom 2. Juli 1999 (Genfer Akte) des Haager Abkommens vom 6. November 1925 über die internationale Eintragung gewerblicher Muster und Modelle . . . . .	190

**Verordnung  
zu der Vereinbarung vom 28. August 2009  
zwischen dem Bundesministerium der Finanzen  
der Bundesrepublik Deutschland  
und dem Ministerium für Arbeit und soziale Angelegenheiten  
der Tschechischen Republik  
über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung illegaler Beschäftigung,  
nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit und illegaler grenzüberschreitender  
Leiharbeit sowie damit in Zusammenhang stehendem grenzüberschreitenden  
Missbrauch von Sozialleistungen und der Nichtabführung  
von Sozialversicherungsbeiträgen**

**Vom 2. März 2010**

Auf Grund des Artikels 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 10. Juli 2009 zu dem Vertrag vom 12. November 2008 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Bulgarien über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des grenzüberschreitenden Missbrauchs bei Leistungen und Beiträgen zur sozialen Sicherheit durch Erwerbstätigkeit und von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit sowie bei illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit (BGBl. 2009 II S. 771) verordnet das Bundesministerium der Finanzen:

**Artikel 1**

Die in Prag am 28. August 2009 unterzeichnete Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Arbeit und soziale Angelegenheiten der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung illegaler Beschäftigung, nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit und illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit sowie damit in Zusammenhang stehendem grenzüberschreitenden Missbrauch von Sozialleistungen und der Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen wird hiermit in Kraft gesetzt. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

**Artikel 2**

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Arbeit und soziale Angelegenheiten der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung illegaler Beschäftigung, nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit und illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit sowie damit in Zusammenhang stehendem grenzüberschreitenden Missbrauch von Sozialleistungen und der Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen nach ihrem Artikel 12 Absatz 1 in Kraft tritt.

(2) Der Tag des Inkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Berlin, den 2. März 2010

Der Bundesminister der Finanzen  
In Vertretung  
Werner Gatzert

Vereinbarung  
zwischen dem Bundesministerium der Finanzen  
der Bundesrepublik Deutschland  
und dem Ministerium für Arbeit und soziale Angelegenheiten  
der Tschechischen Republik  
über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung illegaler Beschäftigung,  
nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit und illegaler grenzüberschreitender  
Leiharbeit sowie damit in Zusammenhang stehendem grenzüberschreitenden  
Missbrauch von Sozialleistungen und der Nichtabführung  
von Sozialversicherungsbeiträgen

Ujednání  
mezi Spolkovým ministerstvem financí Spolkové republiky Německo  
a Ministerstvem práce a sociálních věcí České republiky  
o spolupráci při boji proti nelegálnímu zaměstnávání,  
neohlášené výdělečné činnosti a nelegálnímu najímání  
přeshraničních pracovníků a s tím souvisejícímu přeshraničnímu  
zneužívání sociálních dávek a neodvádění pojistného

Das Bundesministerium der Finanzen  
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Ministerium für Arbeit und soziale Angelegenheiten  
der Tschechischen Republik

(im Folgenden „Vertragsparteien“ genannt) –

Spolkové ministerstvo financí  
Spolkové republiky Německo

a

Ministerstvo práce a sociálních  
věcí České republiky

(dále jen „smluvní strany“)

unter Berücksichtigung der Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union vom 22. April 1999 über einen „Verhaltenskodex für die Verbesserung der Zusammenarbeit der Behörden der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung des grenzüberschreitenden Missbrauchs bei Sozialversicherungsleistungen und -beiträgen und von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit sowie bei grenzüberschreitender Leiharbeit“,

unter Berücksichtigung der Bestimmungen über die gegenseitige Amtshilfe und die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Stellen und Einrichtungen der beiden Staaten, die bereits durch die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, und durch die Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen vorgesehen sind,

unter Berücksichtigung der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr,

in der Auffassung, dass es zur Umsetzung der vorgenannten Bestimmungen von Bedeutung ist, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu intensivieren und zu diesem Zweck die zuständigen Stellen, die Ebenen und Formen der Zusammenarbeit zu benennen,

in dem Bewusstsein, dass national unterschiedliche Herangehensweisen und Definitionen im Zusammenhang mit der Bekämpfung illegaler Beschäftigung, nicht angemeldeter

s ohledem na rozhodnutí Rady a zástupců vlád členských států Evropské unie v Radě ze dne 22. dubna 1999 o „Kodexu jednání ke zlepšení vzájemné spolupráce mezi úřady členských států při potírání snah o zneužívání dávek sociálního pojištění a příspěvků na sociální pojištění ze zahraničí a při potírání neohlášené výdělečné činnosti a nedovoleného pronajímání zahraniční pracovní síly“,

s ohledem na ustanovení o vzájemné úřední pomoci a spolupráci mezi příslušnými orgány a institucemi obou států, která jsou stanovena již v nařízení Rady (EHS) č. 1408/71 ze dne 14. června 1971 o uplatňování systémů sociálního zabezpečení na zaměstnané osoby, osoby samostatně výdělečně činné a jejich rodinné příslušníky pohybující se v rámci Společenství a ve směrnici 96/71/ES Evropského parlamentu a Rady ze dne 16. prosince 1996 o vysílání pracovníků v rámci poskytování služeb,

s ohledem na směrnici 95/46/ES Evropského parlamentu a Rady ze dne 24. října 1995 o ochraně fyzických osob v souvislosti se zpracováním osobních údajů a o volném pohybu těchto údajů,

s přesvědčením, že pro provádění výše uvedených ustanovení je důležité posílit přeshraniční spolupráci a stanovit za tímto účelem příslušné orgány, úrovně a formy spolupráce,

s vědomím toho, že na národních úrovních existují odlišné přístupy a definice v souvislosti s bojem proti nelegálnímu zaměstnávání, neohlášené výdělečné činnosti a nelegálnímu

Erwerbstätigkeit und illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit sowie damit in Zusammenhang stehendem grenzüberschreitenden Missbrauch von Sozialleistungen und der Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen bestehen –

sind wie folgt übereingekommen:

#### Artikel 1

##### Zweck der Vereinbarung

(1) Die Vertragsparteien streben eine Intensivierung der Zusammenarbeit ihrer zuständigen Stellen bei der Bekämpfung illegaler Beschäftigung, nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit und illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit sowie damit in Zusammenhang stehendem grenzüberschreitenden Missbrauch von Sozialleistungen und der Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen an.

(2) Die Vorschriften über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen bleiben unberührt.

#### Artikel 2

##### Räumlicher Geltungsbereich der Vereinbarung

Die Vereinbarung gilt für das gesamte Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland. Die Vereinbarung gilt für das gesamte Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik.

#### Artikel 3

##### Bestimmung der zuständigen Stellen

(1) Diese Vereinbarung wird von denjenigen Stellen der Vertragsparteien durchgeführt, in deren Zuständigkeit die in Artikel 1 Absatz 1 beschriebenen Gebiete fallen. Diese Stellen sind in einer Anlage zu der Vereinbarung benannt.

(2) Die Vertragsparteien benennen zentrale Stellen, die für die Zusammenarbeit im Rahmen dieser Vereinbarung hauptverantwortlich zuständig sind. Die zentralen Stellen sind in einer Anlage zu der Vereinbarung benannt.

#### Artikel 4

##### Ebenen der Zusammenarbeit

(1) Die Zusammenarbeit erfolgt jeweils auf Ebene

1. der Vertragsparteien sowie
2. der nach Artikel 3 Absatz 2 benannten zentralen Stellen.

(2) Die für die in Artikel 1 genannten Aufgabengebiete zuständigen Prüf- und Kontrollbehörden können unmittelbar zusammenarbeiten, soweit die in Absatz 1 genannten Stellen dies vorsehen.

#### Artikel 5

##### Formen der Zusammenarbeit

(1) Die Vertragsparteien unterrichten sich über wesentliche Änderungen der Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die im Anwendungsbereich dieser Vereinbarung erfolgen.

(2) Die Stellen nach Artikel 3 Absatz 2 arbeiten nach Maßgabe der für sie geltenden Rechtsvorschriften zusammen, insbesondere durch

1. den Informationsaustausch über Aufbau und Aufgaben der Prüf- und Kontrollbehörden und die Benennung der zuständigen Ansprechpartner;
2. die gemeinsame Planung und Durchführung präventiver Maßnahmen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich;
3. den Informationsaustausch über Prüf- und Arbeitsmethoden;
4. die Übermittlung von zur ordnungsgemäßen Aufgabenerfüllung erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten auf Ersuchen im Wege der Amtshilfe und Übersendung von Dokumenten;

najímání přeshraničních pracovníků a s tím souvisejícímu přeshraničnímu zneužívání sociálních dávek a neodvádění pojistného

se dohodly takto:

#### Článek 1

##### Účel Ujednání

(1) Smluvní strany usilují o posílení spolupráce mezi svými příslušnými orgány v oblasti boje proti nelegálnímu zaměstnávání, neohlášené výdělečné činnosti a nelegálnímu najímání přeshraničních pracovníků a s tím souvisejícímu přeshraničnímu zneužívání sociálních dávek a neodvádění pojistného.

(2) Předpisy o mezinárodní právní pomoci ve věcech trestních zůstávají nedotčeny.

#### Článek 2

##### Územní působnost Ujednání

Ujednání platí pro celé výsostné území Spolkové republiky Německo. Ujednání platí pro celé výsostné území České republiky.

#### Článek 3

##### Ustanovení příslušných orgánů

(1) Toto ujednání je prováděno těmi orgány smluvních stran, do jejichž kompetence spadají oblasti popsané v čl. 1 odst. 1. Tyto orgány jsou vyjmenovány v příloze Ujednání.

(2) Smluvní strany stanoví ústřední orgány, které nesou hlavní odpovědnost za spolupráci v rámci tohoto ujednání. Ústřední orgány jsou uvedeny v příloze Ujednání.

#### Článek 4

##### Úrovně spolupráce

(1) Spolupráce probíhá na úrovni

1. smluvních stran, jakož i
2. ústředních orgánů jmenovaných v souladu s čl. 3 odst. 2.

(2) Inspekční a kontrolní orgány příslušné pro oblasti úkolů uvedené v článku 1 mohou spolupracovat přímo, pokud je to předem stanoveno orgány uvedenými v odstavci 1.

#### Článek 5

##### Formy spolupráce

(1) Smluvní strany se vzájemně informují o podstatných změnách právních a správních předpisů, k nimž dojde v oblasti působnosti tohoto ujednání.

(2) Orgány uvedené v souladu s čl. 3 odst. 2 spolupracují podle pro ně platných právních předpisů, zejména prostřednictvím

1. výměny informací o struktuře a úkolech inspekčních a kontrolních orgánů a o jmenování příslušných kontaktních osob;
2. společného plánování a provádění preventivních opatření v příslušné sféře působnosti;
3. výměny informací o kontrolních a pracovních metodách;
4. předávání informací potřebných k řádnému plnění úkolů, včetně osobních údajů, a to na vyžádání cestou správní pomoci a zasilání dokumentů;

5. die unaufgeforderte Übermittlung von Mitteilungen (Spontanmitteilungen), sofern diese ihres Erachtens zur Erreichung der Ziele der Vereinbarung sinnvoll erscheinen;
6. die Unterrichtung über den Fortgang eines Verfahrens, soweit dies erbeten wird, sowie
7. den Austausch von Bediensteten als Hospitanten.

(3) Absatz 2 gilt entsprechend im Falle einer direkten Zusammenarbeit der Prüf- und Kontrollbehörden nach Artikel 4 Absatz 2.

#### Artikel 6

##### Ersuchen und Spontanmitteilungen

(1) Ersuchen und Spontanmitteilungen nach Artikel 5 Absatz 2 Nr. 4 und 5 müssen mindestens die folgenden Angaben enthalten:

1. identifizierende Angaben zu in Rede stehenden Firmen oder Personen und
2. eine kurze, verständliche Darstellung des Sachverhalts.

Ersuchen müssen zusätzlich die ersuchende Stelle, den Gegenstand und Grund des Ersuchens sowie die Informationen oder Handlungen benennen, um deren Übermittlung oder Durchführung ersucht wird.

(2) Die ersuchte Stelle kann weitere, für die Bearbeitung erforderliche Informationen anfordern.

(3) Ersuchen und Spontanmitteilungen können schriftlich, fernschriftlich oder elektronisch übermittelt werden.

(4) Die Bearbeitung eines Ersuchens oder die Spontanmitteilung unterbleibt, wenn hierdurch ein nicht vertretbarer Verwaltungsaufwand verursacht wird oder innerstaatliche Vorschriften oder die Verwaltungspraxis der Bearbeitung entgegenstehen. Die ersuchende Stelle ist unter Benennung der Gründe zu informieren, wenn ein Ersuchen nicht bearbeitet werden kann.

#### Artikel 7

##### Kosten

Kosten aus der Anwendung dieser Vereinbarung werden von den Vertragsparteien und den Stellen, denen diese Kosten entstanden sind, getragen.

#### Artikel 8

##### Datenschutz

Soweit aufgrund dieser Vereinbarung nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften.

1. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu den in dieser Vereinbarung bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgesehenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen

5. poskytnutí nevyžádaných sdělení (sdělení z vlastního podnětu), jestliže se domnívají, že jsou účelná pro dosažení cílů Ujednání;
6. informování o postupu řízení, pokud je to vyžadováno, jakož i
7. výměny zaměstnanců jakožto hostujících pracovníků.

(3) V případě přímé spolupráce inspekčních a kontrolních orgánů podle čl. 4 odst. 2 platí obdobně odstavec 2.

#### Článek 6

##### Žádosti a sdělení z vlastního podnětu

(1) Žádosti a sdělení z vlastního podnětu podle čl. 5 odst. 2 bodu 4 a 5 musí obsahovat alespoň tyto údaje:

1. identifikační údaje o dotčených firmách nebo osobách a
2. stručně a srozumitelně popsaný stav věci.

V Žádosti je nutno navíc uvést i dožadující orgán, předmět a důvod žádosti a informace nebo úkony, o jejichž poskytnutí nebo provedení se žádá.

(2) Dožádaný orgán si může vyžádat další informace, které jsou potřebné pro zpracování.

(3) Žádosti a sdělení z vlastního podnětu mohou být zasílány písemně, faxem nebo elektronicky.

(4) Zpracování žádosti nebo sdělení z vlastního podnětu se neprovede, pokud by při tom byly způsobeny neobhájitelné správní náklady nebo porušeny vnitrostátní předpisy či správní postupy. Pokud nelze žádost dožadujícího orgánu zpracovat, musí o tom být s uvedením důvodů informován.

#### Článek 7

##### Náklady

Náklady spojené s uplatňováním tohoto ujednání nesou smluvní strany a dotčené orgány, jimž tyto náklady vznikly.

#### Článek 8

##### Ochrana údajů

Pokud jsou na základě tohoto ujednání poskytovány podle vnitrostátního práva osobní údaje, platí s přihlédnutím k právním předpisům platným pro každou smluvní stranu následující ustanovení.

1. Příjemce na vyžádání informuje poskytovající orgán o použití poskytnutých údajů a o dosažených výsledcích.
2. Použití údajů příjemcem je přípustné pouze pro účely uvedené v tomto ujednání a za podmínek stanovených poskytovajícím orgánem. Použití je dále přípustné k zamezení a stíhání trestné činnosti značného významu, jakož i pro účely odvrácení značných rizik pro veřejnou bezpečnost.
3. Poskytovající orgán je povinen dbát na správnost poskytovaných údajů, jakož i na potřebnost a přiměřenost s ohledem na účel, který se poskytnutím sleduje. Přitom se respektují zákazy poskytování podle příslušného vnitrostátního práva. Údaje se neposkytují, pokud má poskytovající orgán důvod domnívat se, že by tím byl porušen účel některého vnitrostátního zákona nebo by tím byly poškozeny oprávněné chráněné zájmy dotčených osob. Pokud se prokáže, že

Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht hätten übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Daten unverzüglich zu berichtigen oder zu löschen.

4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
5. Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende nationale Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Lösungsfristen vorsieht, weist die übermittelnde Stelle den Empfänger darauf hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
6. Die übermittelnde Stelle und der Empfänger sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
7. Die übermittelnde Stelle und der Empfänger sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

#### Artikel 9

##### Gemischte Kommission

(1) Eine gemischte Kommission, die sich aus Vertretern der Vertragsparteien und der in Artikel 3 genannten Stellen zusammensetzt, tritt erstmals 12 Monate nach dem Inkrafttreten und anschließend auf schriftlichen Antrag der Vertragsparteien, spätestens jedoch alle zwei Jahre zusammen. Ziel ist es, die aufgrund dieser Vereinbarung erzielten Ergebnisse zu bewerten und alle Fragen der Auslegung oder der Anwendung der Vereinbarung zu behandeln.

(2) Die gemischte Kommission kann Vertreter anderer nationaler Stellen sowie solche anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die an der Erreichung der Ziele der Vereinbarung interessiert sind, einladen, an ihren Tagungen teilzunehmen.

#### Artikel 10

##### Änderung der Vereinbarung und Anlagen

(1) Diese Vereinbarung kann im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien jederzeit durch gesonderte Vereinbarung geändert werden.

(2) Die Vertragsparteien können durch gesonderte Vereinbarung die Anlage der Vereinbarung ändern und weitere Anlagen hinzufügen.

#### Artikel 11

##### Registrierung der Vereinbarung

Die Registrierung dieser Vereinbarung beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach ihrem Inkrafttreten vom Bundesministerium der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland veranlasst. Die andere Vertragspartei wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

byly poskytnuty nesprávné údaje nebo údaje, které nesměly být poskytnuty, musí to být neprodleně sděleno příjemci, který je povinen údaje neprodleně opravit nebo vymazat.

4. Dotčené osobě musí být na žádost sděleno, jaké informace o ní byly poskytnuty a jaký je předpokládaný účel jejich použití. Tato informační povinnost nevzniká, pokud se po zvážení dojde k závěru, že veřejný zájem na neposkytnutí informace převažuje nad zájmem dotčené osoby na poskytnutí informace. Jinak se právo dotčené osoby na obdržení informace o údajích, které jsou o ní k dispozici, řídí vnitrostátním právem smluvní strany, na jejímž území je informace žádána.
5. Pokud vnitrostátní právo platné pro poskytovající orgán v souvislosti s poskytovanými osobními údaji stanovují zvláštní lhůty pro vymazání údajů, poskytovající orgán na to příjemce upozorní. Nezávisle na těchto lhůtách se musí poskytnuté osobní údaje vymazat, pokud již nejsou potřebné pro účel, pro který byly poskytnuty.
6. Poskytovající orgán a příjemce jsou povinni provést o poskytnutí a přijetí osobních údajů záznam.
7. Poskytovající orgán a příjemce jsou povinni účinně chránit poskytnuté osobní údaje před neoprávněným přístupem, neoprávněnými změnami a neoprávněným zveřejněním.

#### Článek 9

##### Smíšená komise

(1) Smíšená komise složená ze zástupců smluvních stran a orgánů uvedených v článku 3 se poprvé sejde po 12 měsících od vstupu tohoto ujednání v platnost a následně kdykoli na písemnou žádost smluvních stran, nejméně však každé dva roky. Cílem je posoudit výsledky dosažené na základě tohoto ujednání a projednat veškeré otázky týkající se jeho výkladu či uplatňování.

(2) Smíšená komise může vyzvat zástupce jiných národních orgánů, jakož i zástupce jiných členských států Evropské unie, které mají zájem o dosažení cílů Ujednání, aby se účastnili jejich zasedání.

#### Článek 10

##### Změny Ujednání a příloh

(1) Toto ujednání může být kdykoli změněno po dohodě smluvních stran prostřednictvím zvláštního ujednání.

(2) Smluvní strany mohou sjednáním zvláštního ujednání změnit přílohy tohoto ujednání či doplnit k němu další přílohy.

#### Článek 11

##### Registrace Ujednání

Registrace tohoto ujednání v sekretariátu Organizace spojených národů podle článku 102 Charty Organizace spojených národů bude iniciována neprodleně po jeho vstupu v platnost Spolkovým ministerstvem financí Spolkové republiky Německo. Druhá smluvní strana bude o provedené registraci zpravena s uvedením registračního čísla Organizace spojených národů, jakmile toto číslo bude potvrzeno sekretariátem Organizace spojených národů.

**Artikel 12****Inkrafttreten und Kündigung der Vereinbarung**

(1) Diese Vereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander auf diplomatischem Weg notifiziert haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Notifikation.

(2) Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Sie kann von jeder Vertragspartei durch eine schriftliche Notifikation an die andere Vertragspartei gekündigt werden. Diese Kündigung wird drei Monate nach Eingang der Notifikation bei der anderen Vertragspartei wirksam.

Geschehen zu Prag am 28. August 2009 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

**Článek 12****Vstup v platnost a vypovězení Ujednání**

(1) Toto ujednání vstupuje v platnost dnem, kdy smluvní strany diplomatickou cestou vzájemně notifikují, že jsou splněny vnitrostátní předpoklady pro vstup v platnost. Rozhodující je den doručení poslední nóty.

(2) Toto ujednání se sjednává na dobu neurčitou. Kterákoli ze smluvních stran může Ujednání vypovědět písemným oznámením adresovaným druhé smluvní straně. Platnost Ujednání skončí tři měsíce po doručení takového oznámení druhé smluvní straně.

Dáno v Praze dne 28. srpna 2009, ve dvou původních vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Für das Bundesministerium der Finanzen  
der Bundesrepublik Deutschland

Za Spolkové ministerstvo financí  
Spolkové republiky Německo

Werner Gatzert

Für das Ministerium für Arbeit und soziale Angelegenheiten  
der Tschechischen Republik

Za Ministerstvo práce a sociálních  
věcí České republiky

Michal Sedláček

Anlage  
zur Vereinbarung  
zwischen dem Bundesministerium der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland  
und dem Ministerium für Arbeit und soziale Angelegenheiten der Tschechischen Republik  
über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung illegaler Beschäftigung,  
nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit und illegaler grenzüberschreitender  
Leiharbeit sowie damit in Zusammenhang stehendem grenzüberschreitenden  
Missbrauch von Sozialleistungen und der Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen

Příloha  
k Ujednání  
mezi Spolkovým ministerstvem financí Spolkové republiky Německo  
a Ministerstvem práce a sociálních věcí České republiky  
o spolupráci při boji proti nelegálnímu zaměstnávání,  
neohlášené výdělečné činnosti a nelegálnímu najímání  
přeshraničních pracovníků a s tím souvisejícímu přeshraničnímu  
zneužívání sociálních dávek a neodvádění pojistného

**A) Bundesrepublik Deutschland**

I. Darstellung des Zuständigkeitsbereichs des Bundesministeriums der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland als Vertragspartei

Die Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Arbeit und soziale Angelegenheiten der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung illegaler Beschäftigung, nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit und illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit sowie damit in Zusammenhang stehendem grenzüberschreitenden Missbrauch von Sozialleistungen und der Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen regelt in Artikel 3 Absatz 1, dass die Vereinbarung von denjenigen Stellen der Vertragspartei durchgeführt wird, in deren Zuständigkeit die in Artikel 1 Absatz 1 beschriebenen Aufgaben fallen.

Die in Artikel 1 Absatz 1 beschriebenen Aufgaben umfassen die Bekämpfung illegaler Beschäftigung, nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit und illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit sowie damit in Zusammenhang stehendem grenzüberschreitenden Missbrauch von Sozialleistungen und der Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen. Der letzte Absatz der Präambel weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass für diese Aufgaben national unterschiedliche Herangehensweisen und Definitionen bestehen.

In der Bundesrepublik Deutschland werden diese Aufgaben als Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung bezeichnet und von dem Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz – SchwarzArbG) erfasst.

Nach § 1 Absatz 2 SchwarzArbG leistet Schwarzarbeit, wer Dienst- oder Werkleistungen erbringt oder ausführen lässt und dabei

1. als Arbeitgeber, Unternehmer oder versicherungspflichtiger Selbstständiger seine sich auf Grund der Dienst- oder Werkleistungen ergebenden sozialversicherungsrechtlichen Melde-, Beitrags- oder Aufzeichnungspflichten nicht erfüllt (Vorenthalten von Sozialversicherungsbeiträgen),
2. als Steuerpflichtiger seine sich auf Grund der Dienst- oder Werkleistungen ergebenden steuerlichen Pflichten nicht erfüllt (Steuerhinterziehung),

**A) Spolková republika Německo**

I. Popis oblasti působnosti Spolkového ministerstva financí Spolkové republiky Německo jakožto smluvní strany

Ujednání mezi Spolkovým ministerstvem financí Spolkové republiky Německo a Ministerstvem práce a sociálních věcí České republiky o spolupráci při boji proti nelegálnímu zaměstnávání, neohlášené výdělečné činnosti a nelegálnímu najímání přeshraničních pracovníků a s tím souvisejícímu přeshraničnímu zneužívání sociálních dávek a neodvádění pojistného v čl. 3 odst. 1 stanoví, že se Ujednání provádí těmi orgány smluvní strany, do jejichž působnosti patří úkoly popsané v čl. 1 odst. 1.

Úkoly popsané v čl. 1 odst. 1 zahrnují boj proti nelegálnímu zaměstnávání, neohlášené výdělečné činnosti a nelegálnímu najímání přeshraničních pracovníků a s tím souvisejícího přeshraničního zneužívání sociálních dávek a neodvádění pojistného. Poslední odstavec preambule v této souvislosti poukazuje na to, že existují vnitrostátní odlišné přístupy k těmto úkolům a jejich odlišné definice.

Ve Spolkové republice Německo se tyto úkoly označují jako boj proti neohlášené práci a nelegálnímu zaměstnávání a jsou upraveny zákonem o boji proti neohlášené práci a nelegálnímu zaměstnávání (zákon o boji proti neohlášené práci – Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz – SchwarzArbG).

Podle § 1 odst. 2 SchwarzArbG provádí neohlášenou práci ten, kdo poskytuje služby nebo provádí práce nebo je nechává provádět a přitom

1. jako zaměstnavatel, podnikatel nebo samostatně výdělečně činná osoba povinná platit pojištění neplní své povinnosti týkající se sociálního zabezpečení – ohlašovací povinnost, povinnost platit příspěvky nebo povinnost vést záznamy – vyplývající z poskytování služeb nebo práce (zadržování pojistného),
2. jako plátce daně neplní své daňové povinnosti vyplývající z poskytování služeb nebo práce (daňový únik),

3. als Empfänger von Sozialleistungen seine sich auf Grund der Dienst- oder Werkleistungen ergebenden Mitteilungspflichten gegenüber dem Sozialleistungsträger nicht erfüllt (Leistungsmissbrauch),
  4. als Erbringer von Dienst- oder Werkleistungen seiner sich daraus ergebenden Verpflichtung zur Anzeige vom Beginn des selbstständigen Betriebes eines stehenden Gewerbes nicht nachgekommen ist oder die erforderliche Reisegewerbekarte nicht erworben hat (gewerberechtliche Verstöße),
  5. als Erbringer von Dienst- oder Werkleistungen ein zulassungspflichtiges Handwerk als stehendes Gewerbe selbstständig betreibt, ohne in der Handwerksrolle eingetragen zu sein (handwerksrechtliche Verstöße).
3. jako příjemce sociálních dávek neplní své oznamovací povinnosti vůči orgánu příslušnému pro sociální dávky vyplývající z poskytování služeb nebo práce (zneužití dávek),
  4. jako poskytovatel služeb nebo práce nesplnil svou povinnost vyplývající z této činnosti oznámit začátek samostatného provozování stálé živnosti nebo nezískal průkaz osoby cestující v souvislosti s povoláním (Reisegewerbekarte) (porušení právní úpravy živnostenského podnikání),
  5. jako poskytovatel služeb nebo práce provozuje samostatně jako stálou živnost ohlašovací živnost řemeslnou, aniž by byl zapsán v řemeslnickém registru (Handwerksrolle) (porušení právní úpravy řemeslných živností).

Hilfeleistungen durch Angehörige oder Lebenspartner sowie in Form der Nachbarschaftshilfe, Gefälligkeit oder Selbsthilfe bleiben dabei weiterhin zulässig – vorausgesetzt, dass die Dienst- oder Werkleistungen nicht nachhaltig auf die Erzielung von Gewinn gerichtet sind. Dabei sind unter „Dienst- oder Werkleistungen“ sowohl die Tätigkeiten von abhängig beschäftigten Arbeitnehmern als auch die Tätigkeiten von selbstständigen Unternehmern zu verstehen.

Schwarzarbeit geht in Deutschland regelmäßig einher mit „illegaler Beschäftigung“, die jedoch nicht im Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz definiert wird. Als illegale Beschäftigung wird die Beschäftigung unter Verletzung von arbeitsmarkt- und ausländerrechtlichen Vorschriften bezeichnet:

#### 1. Illegale Ausländerbeschäftigung:

Illegale Ausländerbeschäftigung ist die Beschäftigung von Ausländern ohne erforderliche Aufenthaltstitel und Arbeitsgenehmigungen und die Beschäftigung solcher Ausländer zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer.

#### 2. Illegale Arbeitnehmerüberlassung:

Illegale Arbeitnehmerüberlassung ist der illegale Verleih von Arbeitnehmern an Dritte. Der Verleih von Arbeitnehmern ist grundsätzlich erlaubnispflichtig, der Verleih von Arbeitnehmern an ein Bauunternehmen ist grundsätzlich verboten.

#### 3. Verstöße gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz:

Verstöße gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz liegen vor, wenn in den von diesem Gesetz erfassten Branchen (zum Beispiel bei Beschäftigung im Bereich des Baugewerbes) und unter den dort genannten Voraussetzungen bestimmte Arbeitsbedingungen (v. a. Mindestlohnzahlungen) nicht eingehalten werden.

Der Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland umfasst die Zuständigkeit für die Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung auf Ebene des Bundes.

Die Aufgabe der Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung fällt im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland in die Zuständigkeit der Behörden der Zollverwaltung. Für die Erfüllung dieser Aufgaben wurde der Arbeitsbereich Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung eingerichtet. Die Bediensteten des Arbeitsbereichs Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung führen Prüfungen durch und können in Straf- und Bußgeldverfahren ermitteln.

Nach § 2 Absatz 1 SchwarzArbG führen die Behörden der Zollverwaltung folgende verdachtsunabhängige Prüfungen durch:

1. Prüfung, ob die sich aus den Dienst- oder Werkleistungen ergebenden Meldepflichten des Arbeitgebers nach § 28a des Vierten Buches Sozialgesetzbuch erfüllt werden oder wurden:

Die Behörden der Zollverwaltung prüfen, ob der Arbeitgeber den Pflichten, versicherungspflichtige Beschäftigte bei den Einzugsstellen der Sozialversicherungsbeiträge zu melden, nachgekommen ist. Mit der Prüfung wird bezweckt, die ord-

Poskytnutí pomoci rodinnými příslušníky nebo životními partnery v podobě sousedské výpomoci, laskavosti nebo svépomoci jsou nadále přípustné – za předpokladu, že poskytnutí služby nebo práce není trvale zaměřeno na zisk. Přitom se „službami nebo prací“ rozumí jak činnost závislých zaměstnanců, tak činnost samostatných podnikatelů.

Neohlášená práce se v Německu pravidelně vyskytuje v souvislosti s „nelegálním zaměstnáváním“, které však v zákonu o boji proti neohlášené práci není definováno. Jako nelegální zaměstnávání se označuje zaměstnávání, při němž jsou porušeny předpisy pro trh práce a předpisy cizineckého práva:

#### 1. Nelegální zaměstnávání cizinců:

Nelegální zaměstnávání cizinců je zaměstnávání cizinců bez potřebného oprávnění k pobytu a pracovního povolení a zaměstnávání takových cizinců za nevýhodnějších pracovních podmínek, než jaké mají srovnatelní němečtí pracovníci.

#### 2. Nelegální poskytování pracovníků:

Nelegální poskytování pracovníků je nelegální pronájem pracovníků třetí straně. Pro pronájem pracovníků je zásadně potřeba povolení, pronájem pracovníků stavebnímu podniku je zásadně zakázán.

#### 3. Porušení zákona o vysílání pracovníků:

Porušení zákona o vysílání pracovníků nastává, když při zaměstnávání v oblastech, stanovených tímto zákonem (např. v oblasti stavebnictví) a pod tam jmenovanými předpoklady nejsou dodrženy určité pracovní podmínky (především placení minimální mzdy).

Oblast činnosti Spolkového ministerstva financí Spolkové republiky Německo zahrnuje kompetenci v boji proti neohlášené práci a nelegálnímu zaměstnávání na spolkové úrovni.

Úloha boje proti neohlášené práci a nelegálnímu zaměstnávání patří v oblasti činnosti Spolkového ministerstva financí Spolkové republiky Německo do příslušnosti orgánů celní správy. Pro plnění těchto úkolů byl při celní správě zřízen útvar pro finanční kontrolu neohlášené práce. Zaměstnanci útvaru pro finanční kontrolu neohlášené práce při celní správě provádějí kontroly a mohou vést vyšetřování v trestním a přestupkovém řízení.

Podle § 2 odst. 1 SchwarzArbG provádí orgány celní správy nezávisle na podezření tyto kontroly:

1. Kontrola, zda se plní nebo byly splněny ohlašovací povinnosti zaměstnavatele vyplývající z poskytování služeb nebo práce podle § 28a čtvrté knihy zákona o sociálním zabezpečení:

Orgány celní správy kontrolují, zda zaměstnavatel splnil povinnost nahlásit zaměstnance, který je povinen platit pojištění, na úřadech příslušných k výběru pojistného. Účelem kontroly je zajistit řádné nahlašování zaměstnanců

nungsgemäße Meldung von Arbeitnehmern bei der Sozialversicherung sicherzustellen.

2. Prüfung, ob auf Grund der Dienst- oder Werkleistungen Sozialleistungen nach dem Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch oder Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz zu Unrecht bezogen werden oder wurden:

Die Behörden der Zollverwaltung prüfen, ob das Erbringen von Dienst- oder Werkleistungen den Trägern von Sozialleistungen richtig, vollständig und rechtzeitig mitgeteilt wurde, sofern es für den Bezug einer Sozialleistung erheblich ist.

Dabei umfassen die Sozialleistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch, deren unrechtmäßiger Bezug geprüft wird, insbesondere das Arbeitslosengeld; die Sozialleistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch umfassen insbesondere das sog. Arbeitslosengeld II für erwerbsfähige Hilfsbedürftige zur Sicherung des Lebensunterhalts.

3. Prüfung, ob die Angaben des Arbeitgebers, die für die Sozialleistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch erheblich sind, zutreffend bescheinigt wurden:

Arbeitslose können unter Weiterbezug von Arbeitslosengeld eine Beschäftigung von weniger als 15 Stunden pro Woche ausüben. Der Arbeitgeber hat hierfür eine Nebeneinkommensbescheinigung auszustellen. Bei Beendigung eines Beschäftigungsverhältnisses hat der Arbeitgeber eine Arbeitsbescheinigung auszustellen, die alle Tatsachen über das Beschäftigungsverhältnis, die für die Entscheidung über den Anspruch auf Arbeitslosengeld erheblich sind, enthält. Die Behörden der Zollverwaltung prüfen, ob der Arbeitgeber diese Bescheinigung zutreffend ausgestellt hat.

4. Prüfung, ob Ausländer nicht entgegen § 284 Absatz 1 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch oder § 4 Absatz 3 Satz 1 und 2 des Aufenthaltsgesetzes und nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerinnen beschäftigt werden oder wurden oder nicht entgegen § 4 Absatz 3 Satz 1 und 2 des Aufenthaltsgesetzes mit entgeltlichen Dienst- oder Werkleistungen beauftragt werden oder wurden:

Die Behörden der Zollverwaltung prüfen,

- a) ob ein Ausländer ohne den erforderlichen, zur Ausübung einer Beschäftigung berechtigenden Aufenthaltstitel oder ohne die erforderliche Arbeitsgenehmigung beschäftigt wird und ob er nicht zu schlechteren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer beschäftigt wird,
  - b) ob ein drittstaatsangehöriger Ausländer ohne den erforderlichen, zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigenden Aufenthaltstitel mit entgeltlichen Dienst- oder Werkleistungen beauftragt wird.
5. Prüfung, ob Arbeitsbedingungen nach Maßgabe des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes eingehalten werden oder wurden.

Weiterhin prüfen nach § 2 Absatz 1 SchwarzArbG die Behörden der Zollverwaltung zur Erfüllung ihrer Mitteilungspflicht gegenüber den Finanzbehörden der Bundesländer, ob Anhaltspunkte dafür bestehen, dass Steuerpflichtige ihren sich aus den Dienst- oder Werkleistungen ergebenden steuerlichen Pflichten nicht nachgekommen sind.

Die Behörden der Zollverwaltung werden bei den Prüfungen nach § 2 Absatz 1 SchwarzArbG von folgenden Stellen unterstützt:

1. den Finanzbehörden der Bundesländer,
2. der Bundesagentur für Arbeit,
3. den Einzugsstellen für die Sozialversicherungsbeiträge,
4. den Trägern der Rentenversicherung,

pro platbu sociálneho pojištění.

2. Kontrola, zda z důvodu poskytování služeb nebo práce jsou nebo byly čerpány neoprávněně sociální dávky podle druhé a třetí knihy zákona o sociálním zabezpečení nebo dávky podle zákona o práci na zkrácený úvazek před odchodem do předčasného důchodu:

Orgány celní správy kontrolují, zda poskytování služeb nebo práce bylo orgánům příslušným pro sociální dávky oznámeno správně, úplně a včas, pokud je to nezbytné pro čerpání sociální dávky.

Sociální dávky podle třetí knihy zákona o sociálním zabezpečení, jejichž neoprávněně čerpání se kontroluje, přitom zahrnují zejména podporu v nezaměstnanosti; sociální dávky podle druhé knihy zákona o sociálním zabezpečení zahrnují zejména tzv. podporu v nezaměstnanosti II pro praceschopné, kteří potřebují podporu za účelem zajištění obživy.

3. Kontrola, zda údaje zaměstnavatele, které jsou třeba pro sociální dávky podle třetí knihy zákona o sociálním zabezpečení, jsou správně potvrzeny:

Nezaměstnaní mohou dále čerpat podporu v nezaměstnanosti, jestliže vykonávají práci méně než 15 hodin týdně. Zaměstnavatel musí k tomuto účelu vystavit potvrzení o příjmu z vedlejší výdělečné činnosti. Při ukončení pracovního poměru musí zaměstnavatel vystavit potvrzení o zaměstnání obsahující veškeré skutečnosti o pracovním poměru, které jsou podstatné pro rozhodnutí o nároku na podporu v nezaměstnanosti. Orgány celní správy kontrolují, zda zaměstnavatel toto potvrzení vystavil správně.

4. Kontrola, zda cizinec není nebo nebyl zaměstnán v rozporu s § 284 odst. 1 třetí knihy zákona o sociálním zabezpečení nebo § 4 odst. 3 věty 1 a 2 zákona o pobytu a za méně výhodných pracovních podmínek, než jaké mají srovnatelní němečtí zaměstnanci nebo zaměstnankyně či není nebo nebyl za úplatu pověřen službami či plněním ze smlouvy o dílo v rozporu s § 4 odst. 3 věty 1 a 2 zákona o pobytu:

Orgány celní správy kontrolují,

- a) zda cizinec není zaměstnán bez potřebného, k výkonu zaměstnání opravňujícího povolení k pobytu nebo bez potřebného pracovního povolení a zda není zaměstnán za horších pracovních podmínek, než jaké mají srovnatelní němečtí zaměstnanci
  - b) zda příslušník třetího státu není za úplatu pověřen službami či plněním ze smlouvy o dílo bez potřebného povolení k pobytu opravňujícího k výkonu zaměstnání.
5. Kontrola, zda jsou nebo byly dodrženy základní pracovní podmínky podle zákona o vysílání pracovníků.

Kromě toho orgány celní správy podle § 2 odst. 1 SchwarzArbG kontrolují za účelem splnění své oznamovací povinnosti vůči finančním úřadům spolkových zemí, zda existují podklady k tomu, že plátcí daně nesplnili své daňové povinnosti vyplývající z poskytování služeb nebo práce.

Orgány celní správy budou při kontrolách podle § 2 odst. 1 SchwarzArbG podporovány těmito orgány:

1. finančními orgány spolkových zemí,
2. Spolkovým úřadem práce,
3. úřady příslušnými k výběru pojistného,
4. orgány příslušnými pro důchodové pojištění,

- |   |  |
|---|--|
| <p>5. den Trägern der Unfallversicherung,</p> <p>6. den Trägern der Sozialhilfe,</p> <p>7. den nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zuständigen Behörden,</p> <p>8. den in § 71 Absatz 1 bis 3 des Aufenthaltsgesetzes genannten Behörden (Ausländerbehörden, Auslandsvertretungen, Bundespolizei),</p> <p>9. den für den Arbeitsschutz zuständigen Landesbehörden,</p> <p>10. den Polizeivollzugsbehörden der Länder auf Ersuchen im Einzelfall,</p> <p>11. den nach Landesrecht für die Verfolgung und Ahndung von handwerks- und gewerberechtlichen Ordnungswidrigkeiten nach dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz zuständigen Behörden,</p> <p>12. dem Bundesamt für Güterverkehr und</p> <p>13. der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen.</p> | <p>5. orgány příslušnými pro úrazové pojištění,</p> <p>6. orgány příslušnými pro sociální podporu,</p> <p>7. orgány příslušnými podle zákona o poskytování podpory žadatelům o azyl,</p> <p>8. orgány uvedenými v § 71 odst. 1 až 3 zákona o pobytu (cizinecké úřady, zahraniční zastupitelství, spolková policie),</p> <p>9. zemskými orgány příslušnými pro ochranu práce,</p> <p>10. zemskými policejními výkonnými orgány na vyžádání v ojedinelých případech a</p> <p>11. orgány příslušnými podle zemského práva pro stíhání a trestání přestupků proti právní úpravě řemeslných živností a živnostenského podnikání podle zákona o boji proti neohlášené práci a</p> <p>12. Spolkovým úřadem pro nákladní dopravu a</p> <p>13. Spolkovou sítí pro elektřinu, plyn, telekomunikace, poštu a železnici.</p> |
|---|--|

Die Behörden der Zollverwaltung und die sie unterstützenden Stellen sind verpflichtet, einander die für deren Prüfungen erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten und die Ergebnisse der Prüfungen zu übermitteln, soweit deren Kenntnis für die Erfüllung der Aufgaben der Stellen erforderlich ist.

Orgány celní správy a orgány, které je podporují, mají povinnost si vzájemně předávat informace potřebné pro svoje kontroly, včetně osobních údajů a výsledků kontrol, pokud je třeba, aby je orgány za účelem plnění svých úkolů znaly.

#### II. Bestimmung der Stellen nach Artikel 3 Absatz 1 Satz 2 der Vereinbarung

Folgende Stellen im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland sind für die in Artikel 1 Absatz 1 der Vereinbarung beschriebenen Aufgaben zuständig:

Hauptzollamt Aachen  
Im Süsterfeld 9  
52072 Aachen  
poststelle@hzaac.bfinv.de

Hauptzollamt Augsburg  
Prinzregentenplatz 3  
86150 Augsburg  
poststelle@hzaa.bfinv.de

Hauptzollamt Berlin  
Mehringdamm 129c  
10965 Berlin  
poststelle@hzab.bfinv.de

Hauptzollamt Bielefeld  
Werner-Bock-Straße 29  
33602 Bielefeld  
poststelle@hzabi.bfinv.de

Hauptzollamt Braunschweig  
Kasernenstraße 17  
38106 Braunschweig  
poststelle@hzabs.bfinv.de

Hauptzollamt Bremen  
Hans-Böckler-Straße 56  
28217 Bremen  
poststelle@hzahb.bfinv.de

Hauptzollamt Darmstadt  
Hilpert-Straße 20a  
64295 Darmstadt  
poststelle@hzada.bfinv.de

Hauptzollamt Dortmund  
Kronenburgallee 7  
44139 Dortmund  
poststelle@hzado.bfinv.de

#### II. Stanovení orgánů podle čl. 3 odst. 1 věty 2 tohoto ujednání:

V oblasti činnosti Spolkového ministerstva financí Spolkové republiky Německo jsou pro úkoly popsané v čl. 1 odst. 1 Ujednání příslušné tyto orgány:

Hauptzollamt Aachen  
Im Süsterfeld 9  
52072 Aachen  
poststelle@hzaac.bfinv.de

Hauptzollamt Augsburg  
Prinzregentenplatz 3  
86150 Augsburg  
poststelle@hzaa.bfinv.de

Hauptzollamt Berlin  
Mehringdamm 129c  
10965 Berlin  
poststelle@hzab.bfinv.de

Hauptzollamt Bielefeld  
Werner-Bock-Straße 29  
33602 Bielefeld  
poststelle@hzabi.bfinv.de

Hauptzollamt Braunschweig  
Kasernenstraße 17  
38106 Braunschweig  
poststelle@hzabs.bfinv.de

Hauptzollamt Bremen  
Hans-Böckler-Straße 56  
28217 Bremen  
poststelle@hzahb.bfinv.de

Hauptzollamt Darmstadt  
Hilpert-Straße 20a  
64295 Darmstadt  
poststelle@hzada.bfinv.de

Hauptzollamt Dortmund  
Kronenburgallee 7  
44139 Dortmund  
poststelle@hzado.bfinv.de

Hauptzollamt Dresden  
Schützenhöhe 24 - 26  
01099 Dresden  
poststelle@hzadd3.bfinv.de

Hauptzollamt Duisburg  
Köhnenstraße 5 - 11  
47051 Duisburg  
poststelle@hzadu.bfinv.de

Hauptzollamt Düsseldorf  
Am Stufstock 1 - 7  
40231 Düsseldorf  
poststelle@hzad.bfinv.de

Hauptzollamt Erfurt  
Melchior-Bauer-Straße 5  
99092 Erfurt  
poststelle@hzaef.bfinv.de

Hauptzollamt Frankfurt (Oder)  
Kopernikusstraße 25  
15236 Frankfurt (Oder)  
poststelle@hzafo.bfinv.de

Hauptzollamt Gießen  
Grünberger Straße 100  
35394 Gießen  
poststelle@hzagi.bfinv.de

Hauptzollamt Hamburg-Stadt  
Teerhof 1  
20457 Hamburg  
poststelle@hzahh-stadt.bfinv.de

Hauptzollamt Hannover  
Hackethalstraße 7  
30179 Hannover  
poststelle@hzah.bfinv.de

Hauptzollamt Heilbronn  
Kastellstraße 53  
74080 Heilbronn  
poststelle@hzahn.bfinv.de

Hauptzollamt Itzehoe  
Kaiserstraße 14a  
25524 Itzehoe  
poststelle@hzaiz.bfinv.de

Hauptzollamt Karlsruhe  
Rüppurrer Straße 3a  
76187 Karlsruhe  
poststelle@hzaka.bfinv.de

Hauptzollamt Kiel  
Auguste-Viktoria-Straße 6 - 8  
24103 Kiel  
poststelle@hzaki.bfinv.de

Hauptzollamt Koblenz  
Schloß Hauptgebäude  
56068 Koblenz  
poststelle@hzako.bfinv.de

Hauptzollamt Köln  
Stolberger Straße 200  
50933 Köln  
poststelle@hzak.bfinv.de

Hauptzollamt Krefeld  
Europark Fichtenhain C 1  
47807 Krefeld  
poststelle@hzakr.bfinv.de

Hauptzollamt Landshut  
Seligenthaler Straße 62  
84034 Landshut  
poststelle@hzala.bfinv.de

Hauptzollamt Dresden  
Schützenhöhe 24 - 26  
01099 Dresden  
poststelle@hzadd3.bfinv.de

Hauptzollamt Duisburg  
Köhnenstraße 5 - 11  
47051 Duisburg  
poststelle@hzadu.bfinv.de

Hauptzollamt Düsseldorf  
Am Stufstock 1 - 7  
40231 Düsseldorf  
poststelle@hzad.bfinv.de

Hauptzollamt Erfurt  
Melchior-Bauer-Straße 5  
99092 Erfurt  
poststelle@hzaef.bfinv.de

Hauptzollamt Frankfurt (Oder)  
Kopernikusstraße 25  
15236 Frankfurt (Oder)  
poststelle@hzafo.bfinv.de

Hauptzollamt Gießen  
Grünberger Straße 100  
35394 Gießen  
poststelle@hzagi.bfinv.de

Hauptzollamt Hamburg-Stadt  
Teerhof 1  
20457 Hamburg  
poststelle@hzahh-stadt.bfinv.de

Hauptzollamt Hannover  
Hackethalstraße 7  
30179 Hannover  
poststelle@hzah.bfinv.de

Hauptzollamt Heilbronn  
Kastellstraße 53  
74080 Heilbronn  
poststelle@hzahn.bfinv.de

Hauptzollamt Itzehoe  
Kaiserstraße 14a  
25524 Itzehoe  
poststelle@hzaiz.bfinv.de

Hauptzollamt Karlsruhe  
Rüppurrer Straße 3a  
76187 Karlsruhe  
poststelle@hzaka.bfinv.de

Hauptzollamt Kiel  
Auguste-Viktoria-Straße 6 - 8  
24103 Kiel  
poststelle@hzaki.bfinv.de

Hauptzollamt Koblenz  
Schloß Hauptgebäude  
56068 Koblenz  
poststelle@hzako.bfinv.de

Hauptzollamt Köln  
Stolberger Straße 200  
50933 Köln  
poststelle@hzak.bfinv.de

Hauptzollamt Krefeld  
Europark Fichtenhain C 1  
47807 Krefeld  
poststelle@hzakr.bfinv.de

Hauptzollamt Landshut  
Seligenthaler Straße 62  
84034 Landshut  
poststelle@hzala.bfinv.de

Hauptzollamt Lörrach  
Mozartstraße 32  
79539 Lörrach  
poststelle@hzaloe.bfinv.de

Hauptzollamt Magdeburg  
Ihleburger Straße 4  
39126 Magdeburg  
poststelle@hzamd.bfinv.de

Hauptzollamt München  
Landsberger Straße 124  
80339 München  
poststelle@hzam.bfinv.de

Hauptzollamt Münster  
Sonnenstraße 85/89  
48143 Münster  
poststelle@hzams.bfinv.de

Hauptzollamt Nürnberg  
Frankenstraße 208  
90461 Nürnberg  
poststelle@hzan.bfinv.de

Hauptzollamt Oldenburg  
Friedrich-Rüder-Straße 2  
26135 Oldenburg  
poststelle@hzaol.bfinv.de

Hauptzollamt Osnabrück  
Meller Straße 272  
49082 Osnabrück  
poststelle@hzaos.bfinv.de

Hauptzollamt Potsdam  
Tizianstraße 13  
14467 Potsdam  
poststelle@hzap.bfinv.de

Hauptzollamt Regensburg  
Junkersstraße 12  
93055 Regensburg  
poststelle@hzar.bfinv.de

Hauptzollamt Rosenheim  
Münchener Straße 51  
83022 Rosenheim  
poststelle@hzaro.bfinv.de

Hauptzollamt Saarbrücken  
Präsident-Baltz-Straße 5  
66119 Saarbrücken  
poststelle@hzasb.bfinv.de

Hauptzollamt Schweinfurt  
Am Zollhof 1  
97421 Schweinfurt  
poststelle@hzasw.bfinv.de

Hauptzollamt Singen  
Bahnhofstraße 25  
78224 Singen  
poststelle@hzasi.bfinv.de

Hauptzollamt Stralsund  
Hiddenseer Straße 2  
18439 Stralsund  
poststelle@hzahst.bfinv.de

Hauptzollamt Stuttgart  
Hackstraße 85  
70190 Stuttgart  
poststelle@hzas.bfinv.de

Hauptzollamt Ulm  
Schillerstraße 1/1  
89077 Ulm  
poststelle@hzaul.bfinv.de

Hauptzollamt Lörrach  
Mozartstraße 32  
79539 Lörrach  
poststelle@hzaloe.bfinv.de

Hauptzollamt Magdeburg  
Ihleburger Straße 4  
39126 Magdeburg  
poststelle@hzamd.bfinv.de

Hauptzollamt München  
Landsberger Straße 124  
80339 München  
poststelle@hzam.bfinv.de

Hauptzollamt Münster  
Sonnenstraße 85/89  
48143 Münster  
poststelle@hzams.bfinv.de

Hauptzollamt Nürnberg  
Frankenstraße 208  
90461 Nürnberg  
poststelle@hzan.bfinv.de

Hauptzollamt Oldenburg  
Friedrich-Rüder-Straße 2  
26135 Oldenburg  
poststelle@hzaol.bfinv.de

Hauptzollamt Osnabrück  
Meller Straße 272  
49082 Osnabrück  
poststelle@hzaos.bfinv.de

Hauptzollamt Potsdam  
Tizianstraße 13  
14467 Potsdam  
poststelle@hzap.bfinv.de

Hauptzollamt Regensburg  
Junkersstraße 12  
93055 Regensburg  
poststelle@hzar.bfinv.de

Hauptzollamt Rosenheim  
Münchener Straße 51  
83022 Rosenheim  
poststelle@hzaro.bfinv.de

Hauptzollamt Saarbrücken  
Präsident-Baltz-Straße 5  
66119 Saarbrücken  
poststelle@hzasb.bfinv.de

Hauptzollamt Schweinfurt  
Am Zollhof 1  
97421 Schweinfurt  
poststelle@hzasw.bfinv.de

Hauptzollamt Singen  
Bahnhofstraße 25  
78224 Singen  
poststelle@hzasi.bfinv.de

Hauptzollamt Stralsund  
Hiddenseer Straße 2  
18439 Stralsund  
poststelle@hzahst.bfinv.de

Hauptzollamt Stuttgart  
Hackstraße 85  
70190 Stuttgart  
poststelle@hzas.bfinv.de

Hauptzollamt Ulm  
Schillerstraße 1/1  
89077 Ulm  
poststelle@hzaul.bfinv.de

### III. Bestimmung der zentralen Stelle nach Artikel 3 Absatz 2 Satz 2 der Vereinbarung

Folgende zentrale Stelle im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland ist für die Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinbarung hauptverantwortlich zuständig:

Bundesfinanzdirektion West  
Wörthstraße 1 - 3  
50668 Köln  
Tel.: 0221 37993-100  
Fax: 0221 37993-701

### B) Tschechische Republik

I. Darstellung des Zuständigkeitsbereiches der Stellen der Vertragsparteien im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Satz 1 der Vereinbarung für die Tschechische Republik:

1) Zum Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Arbeit und soziale Angelegenheiten der Tschechischen Republik (der Verwaltung der Beschäftigungsdienste) und der Arbeitsämter gehört aus dem Bereich dieser Vereinbarung die Kontrolle der Schwarzarbeit, die im Gesetz Nr. 435/2004 Gbl. über die Beschäftigung folgendermaßen definiert ist:

Unter Schwarzarbeit im Sinne des Beschäftigungsgesetzes wird verstanden:

1. wenn eine natürliche Person für eine juristische oder natürliche Person eine Arbeitsleistung erbringt, die nicht auf einem Arbeitsrechtsverhältnis oder einem anderweitigen Vertrag beruht, sofern es sich nicht um den Ehepartner oder ein Kind der natürlichen Person handelt, oder
2. wenn ein Ausländer für eine juristische oder natürliche Person eine Arbeitsleistung erbringt, die nicht auf einem Arbeitsrechtsverhältnis oder einem anderweitigen Vertrag beruht, sofern es sich nicht um den Ehepartner oder ein Kind der natürlichen Person handelt, oder eine solche abweichend von einer erteilten Arbeitserlaubnis oder ohne eine solche Erlaubnis erbringt, sofern nach Maßgabe dieses Gesetzes eine Arbeitserlaubnis erforderlich ist.

Als Leiharbeit wird die Beschäftigung von natürlichen Personen zur Erbringung einer Arbeitsleistung für einen Abnehmer, der eine andere juristische oder eine natürliche Person ist, die die Arbeit zuteilt und deren Ausführung überwacht, angesehen, die auf dem Wege der Beschäftigungsvermittlung erfolgt, zu deren Durchführung nur natürliche oder juristische Personen berechtigt sind, sofern sie im Besitz einer Erlaubnis für die Beschäftigungsvermittlung sind (Arbeitsagenturen). Als eine solche Beschäftigungsvermittlung wird auch angesehen, wenn ein Ausländer von seinem ausländischen Arbeitgeber zur Erbringung einer Arbeitsleistung in die Tschechische Republik auf der Grundlage eines Vertrages mit einer tschechischen juristischen oder natürlichen Person, dessen Inhalt eine Arbeitnehmerüberlassung darstellt, entsandt wird.

Die Kontrolle der Einhaltung des Beschäftigungsgesetzes in den genannten Bereichen erfolgt durch die Arbeitsämter in ihren jeweiligen Amtsbezirken.

Als eine Ordnungswidrigkeit oder eine Verwaltungsrechtsverletzung wird in den Bereichen, auf die sich der Vertrag erstreckt, angesehen, wenn eine natürliche oder juristische Person:

- eine Beschäftigung vermittelt, ohne im Besitz einer diesbezüglichen Erlaubnis zu sein, oder bei einer Beschäftigungsvermittlung anderweitig gegen das Beschäftigungsgesetz verstößt
- einer natürlichen Person oder einem Ausländer die illegale Erbringung einer Arbeitsleistung ermöglicht
- als Arbeitgeber seiner Meldepflicht nach dem Beschäftigungsgesetz nicht nachkommt oder keinen Nachweis nach Maßgabe dieses Gesetzes führt (bezogen auf Schwarzarbeit von Ausländern geht es insbesondere um die Informations-

### III. Stanovení ústředního orgánu podle čl. 3 odst. 2 věty 2 tohoto ujednání

V oblasti činnosti Spolkového ministerstva financí Spolkové republiky Německo má při spolupráci v rámci Ujednání hlavní odpovědnost tento orgán:

Bundesfinanzdirektion West  
Wörthstraße 1 - 3  
50668 Köln  
Tel.: 0221 37993-100  
Fax: 0221 37993-701

### B) Česká republika

I. Popis oblasti působnosti orgánů smluvních stran ve smyslu čl. 3 odst. 1 věty 1 ujednání za Českou republiku:

1) Do působnosti Ministerstva práce a sociálních věcí ČR (Správy služeb zaměstnanosti) a úřadů práce patří z oblasti tohoto Ujednání kontrola nelegální práce, která je definována v zákoně č. 435/2004 Sb., o zaměstnanosti následovně:

Nelegální prací se pro účely zákona o zaměstnanosti rozumí:

1. pokud fyzická osoba nevykonává práci pro právnickou nebo fyzickou osobu na základě pracovněprávního vztahu nebo jiné smlouvy, nejde-li o manžela nebo dítě této fyzické osoby, nebo
2. pokud cizinec nevykonává práci pro právnickou nebo fyzickou osobu na základě pracovněprávního vztahu nebo jiné smlouvy, nejde-li o manžela nebo dítě této fyzické osoby, nebo ji vykonává v rozporu s vydaným povolením k zaměstnání nebo bez tohoto povolení, je-li podle tohoto zákona povolení k zaměstnání vyžadováno.

Pokud jde o najímání pracovníků, považuje se zaměstnávání fyzických osob za účelem výkonu jejich práce pro uživatele, kterým se rozumí jiná právnická nebo fyzická osoba, která práci přiděluje a dohlíží na její provedení, za zprostředkování zaměstnání, které mohou provádět pouze fyzické či právnické osoby, pokud mají povolení ke zprostředkování zaměstnání (agentury práce). Za takovéto zprostředkování zaměstnání se rovněž považuje, je-li cizinec vyslán svým zahraničním zaměstnavatelem k výkonu práce na území České republiky na základě smlouvy s českou právnickou nebo fyzickou osobou a obsahem této smlouvy je pronájem pracovní síly.

Kontroly dodržování zákona o zaměstnanosti v uvedených oblastech provádí úřady práce ve svém správním obvodu.

Za přešůpek či správní delikt se v oblastech, na něž se vztahuje smlouva, považuje, pokud fyzická či právnická osoba:

- zprostředkuje zaměstnání bez odpovídajícího povolení nebo jiným způsobem poruší při zprostředkování zákon o zaměstnanosti
- umožní fyzické osobě nebo cizinci výkon nelegální práce
- jako zaměstnavatel neplní oznamovací povinnosti podle zákona o zaměstnanosti nebo nevede evidence v tomto zákoně stanovené (ve vztahu k nelegální práci cizinců jde zejména o povinnost informovat úřad práce o zaměstnávání

pflicht gegenüber dem Arbeitsamt über die Beschäftigung von Ausländern, sofern diese keiner Arbeitserlaubnis bedürfen, und um die Führung eines Nachweises zu den beschäftigten Ausländern).

Als eine Ordnungswidrigkeit wird ferner angesehen, wenn eine natürliche Person/ein Ausländer Schwarzarbeit nachgeht.

2) Zum Zuständigkeitsbereich der Kreissozialversicherungsverwaltungen nach § 6 Absatz 4 Buchstabe o) des Gesetzes Nr. 582/1991 Gbl. über die Organisation und Durchführung der Sozialversicherung gehört:

1. die Kontrolle, ob Arbeitgeber ihre Pflichten in der Sozialversicherung nach Teil III Kapitel 2 des Gesetzes über die Organisation und Durchführung der Sozialversicherung erfüllen und der damit verbundenen Meldepflicht nachkommen.

Die Kreissozialversicherungsverwaltungen kontrollieren, ob ein Arbeitgeber seiner Pflicht zur Führung der erforderlichen Nachweise über Tatsachen, die für den Anspruch auf Leistungen der Renten- und Krankenversicherung, deren Höhe und Auszahlung maßgeblich sind, nachgekommen ist, und ob er die Nachweise der zuständigen Sozialversicherungsbehörde vorgelegt hat und Änderungen zu Tatsachen, die für die Dauer des Leistungsanspruchs, dessen Höhe und Auszahlung maßgeblich sind, schriftlich angezeigt hat. Ferner kontrollieren sie, ob der Arbeitgeber die durch Gesetz bestimmten Unterlagen über den vorgeschriebenen Zeitraum aufbewahrt. Zweck der Kontrolle ist es, ordnungsgemäße Unterlagen für Entscheidungen der Sozialversicherungsbehörde über die Leistung aus der Renten- und Krankenversicherung zu erlangen.

2. die Kontrolle, ob der Arbeitgeber seiner Meldepflicht zur Beschäftigung von Rentnern nach Teil III Kapitel 2 des Gesetzes über die Organisation und Durchführung der Sozialversicherung nachkommt.

Die Kreissozialversicherungsverwaltungen kontrollieren, ob ein Arbeitgeber angezeigt hat, dass bei ihm ein Bezieher einer Altersrente oder einer Invaliditätsrente eine Beschäftigung aufgenommen hat. Handelt es sich um einen Bezieher einer Altersrente, unterliegt der Arbeitgeber der Meldepflicht nur dann, wenn dieser Bezieher einer Altersrente nach den Vorschriften zur Rentenversicherung die Voraussetzungen zur Auszahlung dieser Rente bei gleichzeitiger Erwerbstätigkeit nicht erfüllt. Zweck der Kontrolle ist eine ordnungsgemäße Anmeldung von beschäftigten Beziehern von Altersrente.

3. die Kontrolle, ob eine Person, die selbständig einer Erwerbstätigkeit nachgeht, ihrer Anzeigepflicht nach Teil IV Kapitel 1 des Gesetzes über die Organisation und Durchführung der Sozialversicherung nachkommt.

Die Kreissozialversicherungsverwaltungen kontrollieren, ob eine Person, die selbständig einer Erwerbstätigkeit nachgeht, das Datum des Beginns und der Beendigung einer Erwerbstätigkeit oder einer Mitarbeit an einer Erwerbstätigkeit, den letzten Gültigkeitstag der Erlaubnis zur Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit, den Tag der Beendigung einer selbständigen Erwerbstätigkeit oder den Tag, von dem an sie keinen Anspruch auf eine Rentenleistung hat, angezeigt hat. Zweck dieser Kontrolle ist die ordnungsgemäße und fristgerechte Anzeige einer selbständigen Erwerbstätigkeit durch eine Person mit einer entsprechenden Erlaubnis für eine solche Tätigkeit.

4. die Kontrolle, ob ein rechtmäßiger oder ein anderer Bezieher einer Leistung der Rentenversicherung seiner Meldepflicht nach Teil IV Kapitel 3 des Gesetzes über die Organisation und Durchführung der Sozialversicherung nachkommt.

Die Kreissozialversicherungsverwaltungen kontrollieren, ob ein rechtmäßiger oder ein anderer Bezieher einer Leistung der Rentenversicherung Tatsachen, die für die Dauer des Leistungsanspruchs, dessen Höhe und Auszahlung oder dessen Gewährung maßgeblich sind, angezeigt hat. Zweck der Kontrolle ist die Feststellung eines missbräuchlichen Bezugs einer Leistung der Rentenversicherung.

cizinců, pokud nepotřebují povolení k zaměstnání, a vést evidenci zaměstnaných cizinců).

Za přestupek se rovněž považuje, pokud fyzická osoba/cizinec vykonává nelegální práci.

2) Do působnosti okresních správ sociálního zabezpečení podle § 6 odst. 4 písm. o) zákona č. 582/1991 Sb., o organizaci a provádění sociálního zabezpečení spadá:

1. kontrola, zda zaměstnavatelé plní v sociálním zabezpečení povinnosti podle části třetí hlavy druhé zákona o organizaci a provádění sociálního zabezpečení a zda plní s tím spojenou ohlašovací povinnost.

Okresní správy sociálního zabezpečení kontrolují, zda zaměstnavatel splnil povinnost vést potřebné záznamy o skutečnostech rozhodných pro nárok na dávky důchodového a nemocenského pojištění, jejich výši a výplatu a zda záznamy předložil příslušným orgánům sociálního zabezpečení a písemně nahlásil změny ve skutečnostech rozhodných pro trvání nároku na dávku, její výši a výplatu. Dále kontrolují, zda zaměstnavatel uschovává zákonem stanovené podklady po předepsanou dobu. Účelem kontroly je zajistit řádné podklady pro rozhodnutí orgánu sociálního zabezpečení o dávce důchodového a nemocenského pojištění.

2. kontrola, zda zaměstnavatel plní ohlašovací povinnost k zaměstnávání důchodců podle části třetí hlavy druhé zákona o organizaci a provádění sociálního zabezpečení.

Okresní správy sociálního zabezpečení kontrolují, zda zaměstnavatel ohlásil, vstoupil-li k němu do zaměstnání poživatel starobního důchodu nebo invalidního důchodu. Jde-li o poživatele starobního důchodu, má zaměstnavatel tuto povinnost jen v případě, pokud poživatel starobního důchodu podle předpisů důchodového pojištění nesplňuje podmínky pro výplatu tohoto důchodu při výkonu výdělečné činnosti. Účelem kontroly je řádné nahlašování zaměstnaných poživatelů starobního důchodu.

3. kontrola, zda osoba samostatně výdělečně činná plní oznamovací povinnost podle části čtvrté hlavy první zákona o organizaci a provádění sociálního zabezpečení.

Okresní správy sociálního zabezpečení kontrolují, zda osoba samostatně výdělečně činná oznámila den zahájení a ukončení výdělečné činnosti nebo spolupráce při výkonu výdělečné činnosti, den zániku oprávnění vykonávat samostatnou výdělečnou činnost, den pozastavení výkonu samostatné výdělečné činnosti či den, od kterého nemá nárok na výplatu důchodu. Účelem kontroly je řádné a včasné oznámení týkající se výkonu samostatné výdělečné činnosti osobou s příslušným oprávněním k takové činnosti.

4. kontrola, zda oprávněný nebo jiný příjemce dávky důchodového pojištění plní ohlašovací povinnost podle části čtvrté hlavy třetí zákona o organizaci a provádění sociálního zabezpečení.

Okresní správy sociálního zabezpečení kontrolují, zda oprávněný nebo jiný příjemce dávky důchodového pojištění ohlásil skutečnosti rozhodné pro trvání nároku na dávku, její výši a výplatu nebo její poskytování. Účelem kontroly je zjištění o neoprávněném čerpání dávek důchodového pojištění.

5. die Kontrolle der Führung und der fristgerechten Vorlage der Erfassungsbögen der Rentenversicherung.

Die Kreissozialversicherungsverwaltungen führen nicht nur in bestimmten Fällen die Erfassungsbögen der Rentenversicherung, sondern kontrollieren auch, ob die Arbeitgeber ihrer Pflicht, für jeden rentenversicherten Bürger einen Erfassungsbogen der Rentenversicherung zu führen, nachkommen und diesen Bogen den Sozialversicherungsbehörden innerhalb der gesetzlich bestimmten Frist und gemäß den festgelegten Bedingungen vorlegen.

6. die Kontrolle, ob Arbeitgeber, Personen, die selbständig einer Erwerbstätigkeit nachgehen, und die freiwilligen Mitglieder der Rentenversicherung ihrer Pflicht zur Abführung und die Arbeitnehmer ihrer Pflicht zur Zahlung des Versicherungsbeitrags zur Sozialversicherung und des Beitrags zur staatlichen Beschäftigungspolitik nach dem Gesetz Nr. 589/1992 Gbl. in der jeweils gültigen Fassung über den Beitrag zur Sozialversicherung und den Beitrag zur staatlichen Beschäftigungspolitik nachkommen.

Die Kreissozialversicherungsverwaltungen kontrollieren, ob die zur Entrichtung der Versicherungsbeiträge zur Sozialversicherung verpflichteten Personen diese Beiträge in der durch das Gesetz über den Beitrag zur Sozialversicherung bestimmten Höhe und zu den dort bestimmten Konditionen entrichten. Sie kontrollieren auch die Buchhaltungsunterlagen und andere Unterlagen, die für die Feststellung der Höhe des Versicherungsbeitrags zur Sozialversicherung und des Beitrags zur staatlichen Beschäftigungspolitik, ggf. der Höhe der durch selbständig erwerbstätige Personen zu entrichtenden Versicherungsbeitragsvorauszahlungen maßgeblich sind. Zweck der Kontrolle ist die ordnungsgemäße und fristgerechte Entrichtung des Versicherungsbeitrages.

Die Kreissozialversicherungsverwaltungen arbeiten bei den Kontrollen im Rahmen ihrer Zuständigkeit mit staatlichen Stellen, den Krankenkassen, medizinischen Einrichtungen und den Arbeitgebern nach Teil II des Gesetzes über die Organisation und Durchführung der Sozialversicherung zusammen. Diese Zusammenarbeit enthält die Berechtigung der Sozialversicherungsbehörden, um Unterstützung und um kostenlose Erteilung von Auskünften, die zur Umsetzung der Sozialversicherung erforderlich sind, zu ersuchen, sowie die Pflicht der staatlichen Stellen, Krankenkassen, medizinischen Einrichtungen und Arbeitgeber, diesen Ersuchen im Rahmen ihrer Zuständigkeit nachzukommen.

- 3) Das Staatliche Amt für Arbeitsinspektion und die Gebietsinspektorate für Arbeit kontrollieren nach § 3 des Gesetzes Nr. 251/2005 Gbl. über die Arbeitsinspektion in der jeweils gültigen Fassung die Einhaltung von Pflichten, die sich ergeben aus

- a) Rechtsvorschriften, aus denen sich für Arbeitnehmer, das zuständige Gewerkschaftsgremium oder den Betriebsrat oder die Beauftragten für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz Rechte oder Pflichten in Arbeitsrechtsverhältnissen, einschließlich der Rechtsvorschriften über die Vergütung der Arbeitnehmer, über Lohnersatzleistungen oder über die Kostenerstattung für Ausgaben des Arbeitnehmers, nicht jedoch aus Rechtsvorschriften über die Beschäftigung und Rechtsvorschriften über den Schutz von Arbeitnehmern im Falle einer Zahlungsunfähigkeit der Arbeitgeber ergeben,
- b) Rechtsvorschriften über die Arbeitszeit und die Erholung,
- c) Rechtsvorschriften zum Arbeitsschutz,
- d) Rechtsvorschriften zur Sicherheit beim Betrieb von technischen Anlagen mit einer erhöhten Gefährdung für Leben und Gesundheit,
- e) Rechtsvorschriften über die Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen, jugendlichen Arbeitnehmern und Arbeitnehmern,

5. Kontrola vedení a včasného předkládání evidenčních listů důchodového pojištění.

Okresní správy sociálního zabezpečení nejen v určitých případech vedou evidenční listy důchodového pojištění, ale kontrolují, zda zaměstnavatelé plní povinnosti vést za každého občana, který je účasten důchodového pojištění, evidenční list důchodového pojištění a v zákonem stanovené lhůtě za stanovených podmínek je předkládají orgánům sociálního zabezpečení.

6. Kontrola, zda zaměstnavatelé, osoby samostatně výdělečně činné a osoby dobrovolně účastné důchodového pojištění plní povinnosti plátců a zaměstnanci povinnosti poplatníků pojistného na sociální zabezpečení a příspěvku na státní politiku zaměstnanosti stanovené jim zákonem č. 589/1992 Sb. o pojistném na sociální zabezpečení a příspěvku na státní politiku zaměstnanosti ve znění pozdějších předpisů.

Okresní správy sociálního zabezpečení kontrolují, zda plátcí pojistného na sociální zabezpečení platí toto pojistné v rozsahu a za podmínek stanovených zákonem o pojistném na sociální zabezpečení a kontrolují účetní a další podklady, které jsou rozhodné pro určení výše pojistného na sociální zabezpečení a příspěvku na státní politiku zaměstnanosti, popřípadě výše záloh na pojistné placených osobami samostatně výdělečně činnými. Účelem kontroly je řádná a včasná platba pojistného.

Okresní správy sociálního zabezpečení při kontrolách v mezích své působnosti spolupracují se státními orgány, zdravotními pojišťovny, zdravotnickými zařízeními a zaměstnavateli podle části druhé zákona o organizaci a provádění sociálního zabezpečení. Tato součinnost zahrnuje oprávnění orgánů sociálního zabezpečení vyžadovat pomoc a bezplatná sdělení potřebná pro provádění sociálního zabezpečení a povinnost státních orgánů, zdravotních pojišťoven, zdravotnických zařízení a zaměstnavatelů v mezích jejich působnosti těmto žádostem vyhovět.

- 3) Státní úřad inspekce práce a oblastní inspektoráty práce podle § 3 zákona č. 251/2005 Sb. o inspekci práce, ve znění pozdějších předpisů, kontrolují dále dodržování povinností vyplývajících z

- a) právních předpisů, z nichž vznikají zaměstnancům, příslušnému odborovému orgánu nebo radě zaměstnanců nebo zástupci pro oblast bezpečnosti a ochrany zdraví při práci, práva nebo povinnosti v pracovněprávních vztazích včetně právních předpisů o odměňování zaměstnanců, náhradě mzdy nebo platu a náhradě výdajů zaměstnancům, s výjimkou právních předpisů o zaměstnanosti a právních předpisů o ochraně zaměstnanců při platební neschopnosti zaměstnavatelů,
- b) právních předpisů stanovících pracovní dobu a dobu odpočinku,
- c) právních předpisů k zajištění bezpečnosti práce,
- d) právních předpisů o bezpečnosti provozu vyhrazených technických zařízení,
- e) právních předpisů o zaměstnávání zaměstnankyň, mladistvých zaměstnanců, zaměstnanců pečujících o děti,

die ein Kind betreuen, sowie von Arbeitnehmern, die den Nachweis erbracht haben, dass sie überwiegend selbst langfristig eine überwiegend oder vollständig hilflose Person betreuen,

- f) Rechtsvorschriften, die die künstlerische, kulturelle, sportliche oder Werbetätigkeit von Kindern regeln.

Das Amt und die Inspektorate kontrollieren ferner die Einhaltung

- a) der Kollektivverträge in den Teilen, in denen individuelle arbeitsrechtliche Ansprüche von Arbeitnehmern, die sich aus Rechtsvorschriften und aus internen Vorschriften nach Maßgabe des § 305 Arbeitsgesetzbuch ergeben, geregelt sind,
- b) interner Vorschriften nach Maßgabe des Gesetzes über den Arbeitslohn, die Vergütung von Bereitschaftsdiensten und die Durchschnittseinkommen, des Gesetzes über das Gehalt und die Vergütung von Bereitschaftsdiensten in haushaltsfinanzierten und einigen anderen Einrichtungen und Behörden oder des Reisekostengesetzes, sofern diese Ansprüche der Arbeitnehmer begründen.

Das Amt und die Inspektorate sind nach §§ 4 und 5 des Gesetzes über die Arbeitsinspektion unter anderem zuständig für:

- die Ausübung der Kontrolle im Rahmen von § 3 des Gesetzes über die Arbeitsinspektion,
- die Erteilung von Auflagen zur Beseitigung von bei einer Kontrolle festgestellten Mängeln, die Festlegung einer angemessenen Frist für deren Beseitigung und die Aufforderung zur Vorlage eines schriftlichen Berichts über die ergriffenen Maßnahmen,
- die Kontrolle der Erfüllung der Maßnahmen zur Beseitigung festgestellter Mängel,
- die Prüfung der Ursachen und Umstände von Arbeitsunfällen und die fallweise Teilnahme an der Untersuchung am Ort des Unfalls,
- die Gewährung kostenfreier Information und Beratung zum Schutz von Arbeitsverhältnissen und Arbeitsbedingungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Diese Behörden entscheiden im Verwaltungsverfahren über Ordnungswidrigkeiten oder Verwaltungsrechtsverletzungen:

1. in Fragen des Zusammenwirkens von Arbeitgeber und der für den Arbeitnehmer handelnden Behörde,
2. in Fragen der Gleichbehandlung,
3. in Fragen des Arbeitsverhältnisses bzw. in Fragen von Vereinbarungen über Arbeiten außerhalb eines Arbeitsverhältnisses,
4. in Fragen der Vergütung der Arbeitnehmer,
5. in Fragen der Kostenerstattung,
6. in Fragen der Arbeitszeit,
7. in Fragen des Urlaubs,
8. in Fragen der Arbeitssicherheit,
9. in Fragen besonderer Arbeitsbedingungen einiger Arbeitnehmer,
10. in Fragen der Sicherheit technischer Anlagen mit einer erhöhten Gefährdung für Leben und Gesundheit,
11. in Fragen der Regelung von künstlerischer, kultureller, sportlicher und Werbetätigkeit.

## II. Bestimmung der Stellen nach Artikel 3 Absatz 1 Satz 2 dieser Vereinbarung

- a) Für den Bereich Schwarzarbeit im vorstehend genannten Sinne und der Beschäftigungsvermittlung:

Die zuständigen Arbeitsämter in ihrem jeweiligen Amtsbezirk.

jakož i zaměstnanců, kteří prokázali, že převážně sami dlouhodobě pečují o převážně nebo úplně bezmocnou osobu,

- f) právních předpisů upravujících výkon umělecké, kulturní, sportovní a reklamní činnosti dětí.

Úřad a inspektoráty rovněž kontrolují dodržování

- a) kolektivních smluv v částech, ve kterých jsou upraveny individuální pracovněprávní nároky zaměstnanců vyplývajících z právních předpisů, jakož i vnitřních předpisů podle § 305 zákoníku práce,
- b) vnitřních předpisů vydaných podle zákona o mzdě, odměně za pracovní pohotovost a o průměrném výdělku, zákona o platu a odměně za pracovní pohotovost v rozpočtových a v některých dalších organizacích a orgánech nebo zákona o cestovních náhradách, jestliže zakládají nároky zaměstnanců.

Úřad a inspektoráty podle § 4 a § 5 zákona o inspekci práce mimo jiné:

- vykonávají kontrolu v rozsahu § 3 zákona o inspekci práce,
- ukládají opatření k odstranění nedostatků zjištěných při kontrole, určují přiměřené lhůty k jejich odstranění a vyžadují podání písemné zprávy o přijatých opatřeních,
- kontrolují plnění opatření k odstranění zjištěných nedostatků,
- kontrolují příčiny a okolnosti pracovních úrazů, popřípadě se zúčastní šetření na místě úrazového děje,
- poskytují zaměstnavatelům a zaměstnancům bezúplatně základní informace a poradenství týkající se ochrany pracovních vztahů a pracovních podmínek,

Tyto orgány rozhodují ve správním řízení o přestupcích nebo správních deliktech:

1. na úseku součinnosti zaměstnavatele a orgánu jednajícího za zaměstnance,
2. na úseku rovného zacházení,
3. na úseku pracovního poměru nebo dohod o pracích konaných mimo pracovní poměr,
4. na úseku odměňování zaměstnanců,
5. na úseku náhrad,
6. na úseku pracovní doby,
7. na úseku dovolené,
8. na úseku bezpečnosti práce,
9. na úseku zvláštních pracovních podmínek některých zaměstnanců,
10. na úseku vyhrazených technických zařízení,
11. na úseku výkonu umělecké, kulturní, sportovní a reklamní činnosti.

## II. Stanovení orgánů podle čl. 3 odst. 1 věty 2 tohoto ujednání

- a) Pro oblast nelegální práce ve výše uvedeném smyslu a zprostředkování zaměstnání:

Příslušné úřady práce ve svém správním obvodu.

- b) Für die Erhebung des Versicherungsbeitrages zur Sozialversicherung und des Beitrags zur staatlichen Beschäftigungspolitik, die Auszahlung von Geldleistungen der Krankenversicherung und für den Bereich der Beurteilung der Zugehörigkeit zu Rechtsvorschriften nach Maßgabe der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71:
- Die zuständigen Kreisverwaltungen der Sozialversicherung in ihrem jeweiligen Amtsbezirk.
- Für die Auszahlung von Leistungen der Rentenversicherung ist die Tschechische Sozialversicherungsverwaltung zuständig.
- c) Für den Bereich der Arbeitsbedingungen nach Artikel 3 Absatz 1 (Richtlinie 96/71/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen):
- Die zuständigen Gebietsinspektorate für Arbeit in ihrem jeweiligen Amtsbezirk.
- III. Bestimmung der zentralen Stellen nach Artikel 3 Absatz 2 Satz 2 dieser Vereinbarung:
- a) Für den Bereich Schwarzarbeit im vorstehend genannten Sinne und für die Beschäftigungsvermittlung:
- Ministerium für Arbeit und soziale Angelegenheiten der Tschechischen Republik  
Verwaltung der Beschäftigungsdienste  
Na Poříčním právu 1  
128 00 Praha 2  
Tel.: 221 921 111  
E-Mail: posta@mpsv.cz
- b) Für die Erhebung des Versicherungsbeitrages zur Sozialversicherung und des Beitrags zur staatlichen Beschäftigungspolitik, die Auszahlung von Leistungen der Kranken- und Rentenversicherung und für den Bereich der Beurteilung der Zugehörigkeit zu Rechtsvorschriften nach Maßgabe der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71:
- Tschechische Sozialversicherungsverwaltung  
Křížová 25  
225 08 Praha 5  
Tel.: +420 257 061 111  
Fax: +420 257 063 360  
E-Mail: posta@cssz.cz
- c) Für den Bereich der Arbeitsbedingungen nach Artikel 3 Absatz 1 (Richtlinie 96/71/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen):
- Staatliches Amt für Arbeitsinspektion  
Horní náměstí 103/2  
746 01 Opava  
Tel.: 553 696 154  
Fax: 553 626 672  
E-Mail: opava@suiip.cz
- b) Pro výběr pojistného na sociální zabezpečení a příspěvek na státní politiku zaměstnanosti, výplatu peněžitých dávek nemocenského pojištění a pro oblast posuzování příslušnosti k právním předpisům dle nařízení Rady (EHS) č. 1408/71:
- Příslušné okresní správy sociálního zabezpečení ve svém správním obvodu.
- Pro výplatu dávek důchodového pojištění je příslušná: Česká správa sociálního zabezpečení.
- c) Pro oblast pracovních podmínek podle čl. 3 odst. 1 (Směrnice Rady 96/71/ES o vysílání pracovníků v rámci poskytování služeb):
- Příslušné oblastní inspektoráty práce ve svém správním obvodu.
- III. Stanovení ústředních orgánů podle čl. 3 odst. 2 věty 2 tohoto ujednání:
- a) Pro oblast nelegální práce ve výše uvedeném smyslu a zprostředkování zaměstnání:
- Ministerstvo práce a sociálních věcí ČR  
Správa služeb zaměstnanosti  
Na Poříčním právu 1  
128 00 Praha 2  
tel: 221 921 111  
e-mail: posta@mpsv.cz
- b) Pro výběr pojistného na sociální zabezpečení a příspěvek na státní politiku zaměstnanosti, výplatu dávek nemocenského a důchodového pojištění a pro oblast posuzování příslušnosti k právním předpisům dle nařízení Rady (EHS) č. 1408/71:
- Česká správa sociálního zabezpečení  
Křížová 25  
225 08 Praha 5  
tel.: +420 257 061 111  
fax: +420 257 063 360  
e-mail: posta@cssz.cz
- c) Pro oblast pracovních podmínek podle čl. 3 odst. 1 (Směrnice Rady 96/71/ES o vysílání pracovníků v rámci poskytování služeb):
- Státní úřad inspekce práce  
Horní náměstí 103/2  
746 01 Opava  
tel.: 553 696 154,  
fax: 553 626 672  
e-mail: opava@suiip.cz

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten  
des deutsch-brasilianischen Abkommens  
über Zusammenarbeit im Energiesektor  
mit Schwerpunkt auf erneuerbarer Energie und Energieeffizienz**

**Vom 3. Februar 2010**

Das in Brasilia am 14. Mai 2008 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien über Zusammenarbeit im Energiesektor mit Schwerpunkt auf erneuerbarer Energie und Energieeffizienz (BGBl. 2008 II S. 1002, 1003) ist nach seinem Artikel 9 Absatz 1

am 30. Dezember 2009

in Kraft getreten.

Berlin, den 3. Februar 2010

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Franz Josef Kremp

---

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten  
des deutsch-brasilianischen Abkommens  
über Partnerschaft und Zusammenarbeit  
auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit**

**Vom 3. Februar 2010**

Das in Brasilia am 6. November 2008 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien über Partnerschaft und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit (BGBl. 2009 II S. 1243, 1244) ist nach seinem Artikel 10 Absatz 1

am 29. Januar 2010

in Kraft getreten.

Berlin, den 3. Februar 2010

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Franz Josef Kremp

**Bekanntmachung  
des deutsch-kasachischen Abkommens  
über die Befreiung von der Visumpflicht  
für Inhaber von Diplomatenpässen**

**Vom 3. Februar 2010**

Das in Berlin am 10. Dezember 2009 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kasachstan über die Befreiung von der Visumpflicht für Inhaber von Diplomatenpässen wird nachstehend veröffentlicht.

Die Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens erfolgt, sobald die Voraussetzungen nach seinem Artikel 10 erfüllt sind.

Berlin, den 3. Februar 2010

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Franz Josef Kremp

**Abkommen  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Republik Kasachstan  
über die Befreiung von der Visumpflicht für Inhaber von Diplomatenpässen**

**Agreement  
between the Government of the Federal Republic of Germany  
and the Government of the Republic of Kazakhstan  
on exemption from visa requirements for holders of diplomatic passports**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Regierung der Republik Kasachstan,  
im Folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet –

in dem Wunsch, ihre gegenseitigen Beziehungen zu vertiefen,

in Anbetracht ihres Interesses, ihre bereits bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu festigen, und im Hinblick darauf, den Angehörigen des Staates einer Vertragspartei das Reisen in das Hoheitsgebiet des Staates der anderen Vertragspartei zu erleichtern –

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1**

Angehörige des Staates einer Vertragspartei, die Inhaber gültiger, von einer Vertragspartei dieses Abkommens ausgestellter Diplomatenpässe sind und nicht im Hoheitsgebiet des Staates der anderen Vertragspartei ernannt beziehungsweise in dieses abgeordnet sind, sind bei der Einreise in das Hoheits-

The Government of the Federal Republic of Germany  
and  
the Government of the Republic of Kazakhstan,  
hereinafter referred to as “the Parties”,

desiring to intensify their bilateral relations,

considering their interest in strengthening their existing friendly relations and with a view to facilitating travel by nationals of the State of one Party to the territory of the State of the other Party,

have agreed as follows:

**Article 1**

Nationals of the State of one Party holding valid diplomatic passports issued by a Party to this Agreement who are not appointed in or seconded to the territory of the State of the other Party shall be exempt from the visa requirement to enter, transit through, stay in and leave the territory of the State of the other

gebiet des Staates der anderen Vertragspartei, bei der Durchreise durch dieses, beim Aufenthalt in diesem oder bei der Ausreise aus diesem beginnend mit dem Tag der Ankunft (für Staatsangehörige der Republik Kasachstan: dem Tag der ersten Einreise in den Schengen-Raum) sechs (6) Monate lang für bis zu neunzig (90) Tage (zusammenhängend oder in mehreren Zeitabschnitten) von der Visumpflicht befreit. Die Ausübung einer Erwerbstätigkeit, für die nach den jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien eine Arbeitserlaubnis erforderlich ist, ist nicht gestattet.

#### Artikel 2

(1) Durch dieses Abkommen sind Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen sowie Vertreter internationaler Organisationen, die sich im Hoheitsgebiet des Staates der anderen Vertragspartei befinden, die Inhaber gültiger Diplomatenpässe sind, wie auch deren Familienangehörige nicht von der Pflicht entbunden, sich vor ihrer Ankunft ein Visum für die Beglaubigung durch den Empfangsstaat zu beschaffen.

(2) Die genannten Personen können nach der Ernennung für die gesamte Zeit ihrer Bestellung ohne Visum in das Hoheitsgebiet des Empfangsstaats einreisen, durch dieses durchreisen, sich in diesem aufhalten und aus diesem ausreisen.

(3) Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als beeinträchtigt es die im Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen oder im Wiener Übereinkommen vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen enthaltenen Rechte und Pflichten.

#### Artikel 3

Die in den Artikeln 1 und 2 dieses Abkommens genannten Personen können an allen für den internationalen Personenverkehr geöffneten Grenzübergangsstellen in das Hoheitsgebiet des Staates der anderen Vertragspartei einreisen beziehungsweise aus diesem ausreisen.

#### Artikel 4

Dieses Abkommen lässt die Pflicht der in den Artikeln 1 und 2 genannten Personen unberührt, die Gesetze des Empfangsstaats einzuhalten.

#### Artikel 5

Dieses Abkommen lässt das Recht der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien unberührt, einer Person, die zur *Persona non grata* erklärt wurde oder nach nationalem, supranationalem oder internationalem Recht nicht die Voraussetzungen für die Einreise und den Aufenthalt erfüllt, die Einreise zu verweigern oder den Aufenthalt zu verbieten.

#### Artikel 6

(1) Jede Vertragspartei behält sich das Recht vor, die Durchführung dieses Abkommens aus Gründen der nationalen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung ganz oder teilweise zu suspendieren.

(2) Der jeweils anderen Vertragspartei ist die Suspendierung dieses Abkommens spätestens zweiundsiebzig (72) Stunden vor Wirksamwerden dieser Maßnahme auf diplomatischem Weg zu notifizieren.

(3) Die Suspendierung dieses Abkommens berührt nicht die Rechte von in den Artikeln 1 und 2 dieses Abkommens genannten Personen, die sich bereits im Hoheitsgebiet des Staates der anderen Vertragspartei aufhalten.

#### Artikel 7

(1) Die Vertragsparteien tauschen spätestens dreißig (30) Tage vor Inkrafttreten dieses Abkommens auf diplomatischem Weg Muster der Diplomatenpässe aus.

Party up to ninety (90) days (in one or several periods) within six (6) months, beginning on the day of arrival (for nationals of the Republic of Kazakhstan, the day of first entry into the Schengen Area). The exercise of paid activities, for which a work permit is required under the national legislation of the Parties, is not permitted.

#### Article 2

(1) This Agreement does not release members of diplomatic missions, consular posts as well as representatives of international organizations, located in the territory of the State of the other Party holding valid diplomatic passports, as well as their family members, from the requirement to obtain a visa for accreditation by the receiving State prior to their arrival.

(2) The abovementioned persons may, following appointment, enter, transit through, stay in and leave the territory of the receiving State without a visa during the period of their assignment.

(3) Nothing in this Agreement shall be construed as affecting the rights and obligations contained in the Vienna Convention on Diplomatic Relations of 18 April 1961 or the Vienna Convention on Consular Relations of 24 April 1963.

#### Article 3

The individuals mentioned in Articles 1 and 2 of this Agreement may enter or leave the territory of the State of the other Party at all border crossing points open to international passenger traffic.

#### Article 4

This Agreement shall not affect the obligation of the individuals referred to in Article 1 and 2 above to observe the laws of the receiving State.

#### Article 5

This Agreement shall not affect the right of the competent authorities of either Party to refuse entry to or prohibit the stay of those persons declared undesirable or who fail to meet the conditions for entry and residence under national, supranational and international law.

#### Article 6

(1) For reasons of national security and public order each Party reserves the right to suspend, either in whole or in part, the implementation of this Agreement.

(2) The other Party shall be notified about the suspension of this Agreement through diplomatic channels, no later than seventy-two (72) hours prior to the entry into force of such measure.

(3) The suspension of this Agreement shall not affect the rights of individuals mentioned in Articles 1 and 2 of this Agreement already residing in the territory of the State of the other Party.

#### Article 7

(1) The Parties shall exchange specimens of the diplomatic passports through diplomatic channels not later than thirty (30) days before the entry into force of this Agreement.

(2) Bei Einführung eines neuen Diplomatenpasses oder bei Änderung des gegenwärtig gültigen Passes durch eine Vertragspartei übermittelt diese der anderen Vertragspartei spätestens dreißig (30) Tage vor Wirksamwerden des neuen Passes oder der Änderung auf diplomatischem Weg ein Muster dieses Passes. Die Vertragsparteien wenden die von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) empfohlenen Normen für maschinenlesbare Reisedokumente an.

(3) Jede Vertragspartei notifiziert der jeweils anderen Vertragspartei etwaige Änderungen der innerstaatlichen Rechtsvorschriften über die Ausstellung von Diplomatenpässen; dies geschieht spätestens dreißig (30) Tage vor Inkrafttreten der neuen Regelung.

(4) Bei Verlust, Diebstahl oder Ungültigwerden eines Diplomatenpasses unterrichten die Vertragsparteien einander unverzüglich.

#### Artikel 8

Die Vertragsparteien können dieses Abkommen im gegenseitigen Einvernehmen durch Zusatzprotokolle oder Notenwechsel ändern; diese werden Bestandteil dieses Abkommens.

#### Artikel 9

Meinungsverschiedenheiten oder Streitigkeiten über die Auslegung dieses Abkommens werden auf diplomatischem Weg durch Konsultation oder Verhandlung zwischen den Vertragsparteien gütlich beigelegt.

#### Artikel 10

Dieses Abkommen tritt dreißig (30) Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die zweite schriftliche Notifikation eingegangen ist, durch welche die Vertragsparteien einander förmlich unterrichtet haben, dass ihre jeweiligen innerstaatlichen Ratifikationsverfahren abgeschlossen sind. Dieses Abkommen bleibt bis zur Kündigung durch eine der Vertragsparteien in Kraft; es tritt drei (3) Monate nach Eingang der Kündigungsanzeige außer Kraft. Diese Anzeige muss keine rechtliche Begründung enthalten.

Geschehen zu Berlin am 10. Dezember 2009 in zwei Urschriften, jede in deutscher, kasachischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des kasachischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

(2) Should a new diplomatic passport be introduced or the existing passport modified by one Party, it shall convey to the other Party through diplomatic channels a specimen of this passport, no later than thirty (30) days before the date the new passport or modification enters into force. The Parties shall apply the standards for machine-readable travel documents recommended by the International Civil Aviation Organization (ICAO).

(3) The Parties shall notify the other Party of any changes in the national legislation regarding the issuance of diplomatic passports no later than thirty (30) days before the entry into force of the new regulations.

(4) In the case of loss, theft or invalidity of a diplomatic passport, the Parties shall notify each other without delay.

#### Article 8

The Parties may amend this Agreement by mutual consent through additional Protocols or exchanges of Notes: these shall form integral parts of this Agreement.

#### Article 9

Any differences or disputes in the interpretation of the provisions of this Agreement shall be settled amicably by consultation or negotiation between the Parties through diplomatic channels.

#### Article 10

This Agreement shall enter into force thirty (30) days from the date of the receipt of the second written notification by which the Parties formally have informed each other that their respective internal ratification procedures have been completed. This Agreement shall remain effective until terminated by one of the Parties; it will expire three (3) months after the date of the receipt of the notice of termination. This notice need not provide legal grounds.

Done at Berlin on 10 December 2009 in duplicate in the German, Kazakh and English languages, all texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German and Kazakh texts, the English text shall prevail.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
For the Government of the Federal Republic of Germany

Guido Westerwelle

Für die Regierung der Republik Kasachstan  
For the Government of the Republic of Kazakhstan

K. Saudabajew

**Bekanntmachung  
des deutsch-brasilianischen Abkommens  
über die Erwerbstätigkeit von Familienangehörigen  
von Mitgliedern einer diplomatischen oder berufskonsularischen Vertretung**

**Vom 3. Februar 2010**

Das in Berlin am 14. Februar 2008 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien über die Erwerbstätigkeit von Familienangehörigen von Mitgliedern einer diplomatischen oder berufskonsularischen Vertretung wird nach seinem Artikel 7 Absatz 1

am 1. März 2010

in Kraft treten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 3. Februar 2010

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Franz Josef Kremp

**Abkommen  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien  
über die Erwerbstätigkeit von Familienangehörigen  
von Mitgliedern einer diplomatischen oder berufskonsularischen Vertretung**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Regierung der Föderativen Republik Brasilien,  
im Folgenden als Vertragsparteien bezeichnet –  
von dem Wunsch geleitet, die Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit von Familienangehörigen von Mitgliedern einer diplomatischen oder berufskonsularischen Vertretung zu verbessern –  
sind wie folgt übereingekommen:

heiratete Kinder unter 25 Jahren, die auf Vollzeitbasis ein Hochschulstudium absolvieren, und unverheiratete Kinder, die körperlich oder geistig behindert, aber in der Lage sind, einer Arbeit nachzugehen, mit der Maßgabe, dass der Familienangehörige im Empfangsstaat in ständiger häuslicher Gemeinschaft mit dem Mitglied der diplomatischen oder berufskonsularischen Vertretung lebt;

- c) bezeichnet der Ausdruck „Erwerbstätigkeit“ jede selbständige oder unselbständige Berufstätigkeit einschließlich der Berufsausbildung.

**Artikel 1**

**Begriffsbestimmung**

Im Sinne dieses Abkommens

- a) bezeichnet der Ausdruck „Mitglied einer diplomatischen oder berufskonsularischen Vertretung“ entsandte Beschäftigte des Entsendestaats in einer diplomatischen oder berufskonsularischen Vertretung oder einer Vertretung bei einer Internationalen Organisation im Empfangsstaat;
- b) bezeichnet der Ausdruck „Familienangehöriger“ den Ehegatten/die Ehegattin, den Lebenspartner/die Lebenspartnerin, unverheiratete Kinder unter 21 Jahren oder unver-

**Artikel 2**

**Erlaubnis  
zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit**

(1) Den Familienangehörigen wird auf der Grundlage der Gegenseitigkeit gestattet, im Empfangsstaat eine Erwerbstätigkeit auszuüben. Ungeachtet der Erlaubnis der Erwerbstätigkeit nach diesem Abkommen finden die im Empfangsstaat geltenden berufsspezifischen Rechtsvorschriften Anwendung. Die Familienangehörigen sind in der Bundesrepublik Deutschland auch bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit. In Brasilien gegebenenfalls erforderliche Aufenthaltsgenehmigungen werden erteilt.

- (2) Die Genehmigung kann verweigert werden, wenn
- a) der Arbeitgeber der Empfangsstaat ist (einschließlich seiner Selbstverwaltungskörperschaften, Stiftungen, staatlichen Unternehmen und gemeinwirtschaftlichen Gesellschaften) oder
  - b) die Tätigkeit die nationale Sicherheit berührt.

### Artikel 3

#### Verfahren

(1) Die diplomatische Vertretung des Entsendestaats notifiziert dem Außenministerium des Empfangsstaats Aufnahme und Ende der Erwerbstätigkeit des Familienangehörigen.

(2) Der Familienangehörige muss die jeweilige berufliche Qualifikation erbringen; dieses Abkommen beinhaltet keine automatische Anerkennung von berufsqualifizierenden Abschlüssen.

(3) Die Erlaubnis zur Erwerbstätigkeit eines Familienangehörigen erlischt mit der Beendigung der Entsendung der Person, mit der das Verwandtschaftsverhältnis besteht.

### Artikel 4

#### Immunität von der Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit

Genießen Familienangehörige nach dem Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen und anderen anwendbaren völkerrechtlichen Übereinkünften Immunität von der Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit des Empfangsstaats, so gilt diese Immunität nicht für Handlungen oder Unterlassungen im Zusammenhang mit der Ausübung einer Erwerbstätigkeit.

### Artikel 5

#### Immunität von der Strafgerichtsbarkeit

(1) Im Fall von Familienangehörigen, die im Einklang mit dem Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen oder aufgrund einer anderen anwendbaren inter-

nationalen Übereinkunft Immunität von der Strafgerichtsbarkeit des Empfangsstaats genießen, finden die Bestimmungen über die Immunität von der Strafgerichtsbarkeit des Empfangsstaats auch in Bezug auf Handlungen Anwendung, die in Zusammenhang mit der Ausübung der Erwerbstätigkeit stehen. Der Entsendestaat prüft beim Vorliegen einer Straftat jedoch eingehend, ob er auf die Immunität des betroffenen Familienangehörigen von der Strafgerichtsbarkeit des Empfangsstaates verzichten soll.

(2) Verzichtet der Entsendestaat nicht auf die Immunität des betroffenen Familienangehörigen, so wird er eine von diesem begangene Straftat seinen Strafverfolgungsbehörden unterbreiten. Der Empfangsstaat ist über den Ausgang des Strafverfahrens zu unterrichten.

(3) Der Familienangehörige kann im Zusammenhang mit der Ausübung der Erwerbstätigkeit als Zeuge vernommen werden, es sei denn, der Entsendestaat ist der Auffassung, dass dieses seinen Interessen zuwiderliefe.

### Artikel 6

#### Steuer- und Sozialversicherungssystem

Familienangehörige unterliegen im Hinblick auf ihre Erwerbstätigkeit im Empfangsstaat dem Steuer- und Sozialversicherungssystem dieses Staates, sofern nicht andere völkerrechtliche Übereinkünfte, an die die beiden Vertragsparteien gebunden sind, dem entgegenstehen.

### Artikel 7

#### Inkrafttreten, Geltungsdauer und Kündigung

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Datum der letzten Notifikation in Kraft, in der die Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann von jeder Vertragspartei jederzeit unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten schriftlich auf diplomatischem Weg gekündigt werden.

Geschehen zu Berlin am 14. Februar 2008 in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
Reinhard Silberberg

Für die Regierung der Föderativen Republik Brasilien  
Samuel Pinheiro Guimarães Neto

**Bekanntmachung  
des deutsch-nicaraguanischen Abkommens  
über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 9. Februar 2010**

Das in Managua am 13. Juli 2009 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Nicaragua über Finanzielle Zusammenarbeit („Wiederaufbau nach dem Hurrikan Felix“) ist nach seinem Artikel 5

am 13. Juli 2009

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 9. Februar 2010

Bundesministerium  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung  
Im Auftrag  
Dr. Reinhard Tittel-Gronefeld

**Abkommen  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Republik Nicaragua  
über Finanzielle Zusammenarbeit  
„Wiederaufbau nach dem Hurrikan Felix“**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Regierung der Republik Nicaragua –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Nicaragua,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Nicaragua beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Nicaragua vom 21. bis 22. November 2007 –

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1**

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Nicaragua oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfän-

gern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) einen Finanzierungsbeitrag in Höhe von 5 000 000,- EUR (in Worten: fünf Millionen Euro) für das Vorhaben „Wiederaufbau nach dem Hurrikan Felix“ zu erhalten, wenn es nach Prüfung genehmigt worden ist und bestätigt worden ist, dass es als Vorhaben der sozialen Infrastruktur die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt.

(2) Kann bei dem in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, so ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Nicaragua, von der KfW für dieses Vorhaben bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrags ein Darlehen zu erhalten.

(3) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Nicaragua durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung oder als Maßnahme, die zur Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung der Frau dient, die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(4) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Nicaragua zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge

zur Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(5) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen nach Absatz 4 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

#### **Artikel 2**

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrages, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern des Finanzierungsbeitrags zu schließenden Finanzierungsverträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage des in Artikel 1 genannten Betrages entfällt, soweit nicht innerhalb von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diesen Betrag endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2015.

(3) Die Regierung der Republik Nicaragua, soweit sie nicht Empfänger des Finanzierungsbeitrags ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schlie-

ßenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

#### **Artikel 3**

Die Regierung der Republik Nicaragua stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Verträge in der Republik Nicaragua erhoben werden.

#### **Artikel 4**

Die Regierung der Republik Nicaragua überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-/Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

#### **Artikel 5**

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Managua am 13. Juli 2009 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Betina Kern

Für die Regierung der Republik Nicaragua

Jaentschke

**Bekanntmachung  
des deutsch-tunesischen Abkommens  
über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 9. Februar 2010**

Das in Tunis am 31. Juli 2008 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der tunesischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit 2005/2006 ist nach seinem Artikel 5

am 16. März 2009

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 9. Februar 2010

Bundesministerium  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung  
Im Auftrag  
Fiebig

**Abkommen  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Tunesischen Republik  
über Finanzielle Zusammenarbeit 2005/2006**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Tunesischen Republik –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Tunesischen Republik beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 28. bis 30. Juni 2005 in Tunis –

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1**

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Tunesischen Republik oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) folgende Beträge zu erhalten:

1. Darlehen von insgesamt 700 000 EUR (in Worten: siebenhunderttausend Euro) für das Vorhaben „Hausmülldeponien“, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden ist;
2. Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der folgenden Vorhaben:
  - a) für das in Absatz 2 Nummer 1 genannte Vorhaben bis zu 700 000 EUR (in Worten: siebenhunderttausend Euro),
  - b) für das in Absatz 2 Nummer 5 genannte Vorhaben bis zu 2 000 000 EUR (in Worten: zwei Millionen Euro).

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht der Regierung der Tunesischen Republik oder einem ande-

ren von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Darlehensnehmer darüber hinaus folgende Verbunddarlehen der KfW, die im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt werden:

1. für das Vorhaben „Hausmülldeponien Medjerdata“ bis zu 10 000 000 EUR (in Worten: zehn Millionen Euro),
2. für das Vorhaben „Abwasserentsorgung Sousse und Kairouan“ bis zu 7 500 000 EUR (in Worten: sieben Millionen fünfhunderttausend Euro),
3. für das Vorhaben „Industrielle Sondermülldeponie“ bis zu 4 000 000 EUR (in Worten: vier Millionen Euro),
4. für das Vorhaben „Industriekläranlagen“ bis zu 7 500 000 EUR (in Worten: sieben Millionen fünfhunderttausend Euro) sowie
5. für das Vorhaben „PISEAU II: Verbesserung des Wasserressourcenmanagements“ bis zu 15 000 000 EUR (in Worten: fünfzehn Millionen Euro),

wenn nach Prüfung die entwicklungspolitische Förderungswürdigkeit der Vorhaben festgestellt worden ist und die gute Kreditwürdigkeit der Tunesischen Republik weiterhin gegeben ist und die Regierung der Tunesischen Republik eine Staatsgarantie gewährt, sofern sie nicht selbst Kreditnehmer wird. Die Vorhaben können nicht durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(4) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Tunesischen Republik zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 und Absatz 2 genannten Vorhaben oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 und Absatz 2 genannten Vorhaben von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(5) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen nach Absatz 1 Nummer 2 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

#### Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwi-

schen der KfW und den Empfängern der Darlehen und der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 Nummern 1 bis 2 und Absatz 2 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehens- und Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2013.

(3) Die Regierung der Tunesischen Republik, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der KfW alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

(4) Die Regierung der Tunesischen Republik, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

#### Artikel 3

Die Regierung der Tunesischen Republik stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Verträge in der Tunesischen Republik erhoben werden.

#### Artikel 4

Die Regierung der Tunesischen Republik überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

#### Artikel 5

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Tunesischen Republik der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

Geschehen zu Tunis am 31. Juli 2008 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der französische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Kerll

Für die Regierung der Tunesischen Republik

Mohamed Lessir

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Übereinkommens über den Zugang zu Informationen,  
die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren  
und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten  
(Aarhus-Übereinkommen)**

**Vom 17. Februar 2010**

Das Übereinkommen vom 25. Juni 1998 über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (Aarhus-Übereinkommen) (BGBl. 2006 II S. 1251, 1252) ist nach seinem Artikel 20 Absatz 3 für

Bosnien und Herzegowina	am 30. Dezember 2008
Montenegro	am 31. Januar 2010
Serbien	am 29. Oktober 2009

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 8. August 2007 (BGBl. II S. 1392).

Berlin, den 17. Februar 2010

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Übereinkommens vom 25. Februar 1991  
über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen**

**Vom 17. Februar 2010**

Das Übereinkommen vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (BGBl. 2002 II S. 1406, 1407) ist nach seinem Artikel 18 Absatz 3 für

Montenegro	am 7. Oktober 2009
------------	--------------------

in Kraft getreten.

Das Übereinkommen wird für

Bosnien und Herzegowina	am 14. März 2010
-------------------------	------------------

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 13. Februar 2008 (BGBl. II S. 178).

Berlin, den 17. Februar 2010

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Übereinkommens zum Schutz und zur Nutzung  
grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen**

**Vom 17. Februar 2010**

Das Übereinkommen vom 17. März 1992 zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen (BGBl. 1994 II S. 2333, 2334) wird nach seinem Artikel 26 Absatz 3 für

Bosnien und Herzegowina am 3. März 2010  
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 5. Februar 2008 (BGBl. II S. 164).

Berlin, den 17. Februar 2010

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Susanne Wasum-Rainer

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Protokolls über Wasser und Gesundheit  
zu dem Übereinkommen von 1992 zum Schutz und zur Nutzung  
grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen**

**Vom 17. Februar 2010**

Das Protokoll vom 17. Juni 1999 (BGBl. 2006 II S. 763, 764) über Wasser und Gesundheit zu dem Übereinkommen von 1992 zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen (BGBl. 1994 II S. 2333, 2334) ist nach seinem Artikel 23 Absatz 3 für

Belarus am 21. Juli 2009  
Niederlande am 23. September 2009  
Spanien am 23. Dezember 2009  
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 26. Februar 2007 (BGBl. II S. 346).

Berlin, den 17. Februar 2010

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung  
des deutsch-vietnamesischen Abkommens  
über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 23. Februar 2010**

Das in Hanoi am 12. Mai 2006 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam über Finanzielle Zusammenarbeit 2005 (Sonderzusage) ist nach seinem Artikel 5

am 12. Mai 2006

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 23. Februar 2010

Bundesministerium  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung  
Im Auftrag  
B. Vest

**Abkommen  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam  
über Finanzielle Zusammenarbeit 2005  
(Sonderzusage)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Vietnam,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Sozialistischen Republik Vietnam beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 8. Dezember 2005 –

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1**

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam, von der KfW Bankengruppe (KfW), Frankfurt am Main, folgende Beträge zu erhalten:

1. ein Darlehen bis zu 6 000 000,- EUR (in Worten: sechs Millionen Euro) für das Vorhaben „Beteiligung am Armutsminderungskredit V“, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden ist;
2. Finanzierungsbeiträge von insgesamt 7 000 000,- EUR (in Worten: sieben Millionen Euro) für die Vorhaben
  - a) „Bekämpfung der Vogelgrippe“ bis zu 4 000 000,- EUR (in Worten: vier Millionen Euro),
  - b) „Maßnahmen mit schnellen Entwicklungserfolgen (Quick Win) – Aufforstungsmaßnahmen“ bis zu 3 000 000,- EUR (in Worten: drei Millionen Euro),

wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass sie als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als selbsthilfeorientierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung oder als Maßnahmen, die zur Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung der Frau dienen, die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Weg eines Finanzierungsbeitrags erfüllen.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird ein in Absatz 1 Nummer 2 bezeichnetes Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische

Betriebe oder als selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung oder als Maßnahme, die zur Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung der Frau dient, die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, andernfalls ein Darlehen gewährt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

#### Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Darlehen und der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 Nummern 1 und 2 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehens- und Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2013.

(3) Die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam wird, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, gegenüber der KfW alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der

Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

(4) Die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam wird, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

#### Artikel 3

Die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Verträge in der Sozialistischen Republik Vietnam erhoben werden.

#### Artikel 4

Die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

#### Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Hanoi am Freitag, den 12. Mai 2006 in zwei Urschriften, jede in deutscher, vietnamesischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des vietnamesischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
Christian-Ludwig Weber-Lortsch

Für die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam  
Vu Van Ninh

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge**

**Vom 1. März 2010**

I.

Das Wiener Übereinkommen vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge (BGBl. 1985 II S. 926, 927) ist nach seinem Artikel 84 Absatz 2 für

Brasilien am 25. Oktober 2009  
nach Maßgabe der unter II. genannten Vorbehalte

Libysch-Arabische Dschamahirija am 21. Januar 2009  
in Kraft getreten.

II.

Brasilien hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 25. September 2009 Vorbehalte hinsichtlich der Artikel 25 und 66 des Übereinkommens angebracht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 16. April 2008 (BGBl. II S. 378).

Berlin, den 1. März 2010

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Susanne Wasum-Rainer

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Protokolls über die Vorrechte und Immunitäten  
der Internationalen Meeresbodenbehörde**

**Vom 1. März 2010**

I.

Das Protokoll vom 27. März 1998 über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Meeresbodenbehörde (BGBl. 2007 II S. 195, 196) ist nach seinem Artikel 18 Absatz 2 für

Bulgarien am 12. März 2009  
in Kraft getreten.

II.

Die Niederlande haben am 7. Januar 2009 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen als Verwahrer die Erstreckung des Protokolls auf die Niederländischen Antillen notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 12. November 2008 (BGBl. II S. 1340).

Berlin, den 1. März 2010

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Protokolls  
über die Vorrechte und Immunitäten der Europäischen Organisation  
für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT)**

**Vom 1. März 2010**

Das Protokoll vom 1. Dezember 1986 über die Vorrechte und Immunitäten der Europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT) – BGBl. 1989 II S. 701, 702; 2004 II S. 695, 696 – ist nach seinem Artikel 24 Absatz 4 für

Kroatien am 7. Januar 2007

Lettland am 28. Mai 2009

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 15. Juni 2009 (BGBl. II S. 789).

Berlin, den 1. März 2010

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Susanne Wasum-Rainer

---

**Bekanntmachung  
der deutsch-montenegrinischen Vereinbarung  
über die Ausbildung von Angehörigen  
der Streitkräfte von Montenegro  
in Einrichtungen der Bundeswehr  
im Rahmen der Militärischen Ausbildungshilfe**

**Vom 1. März 2010**

Die in Berlin am 15. Oktober 2009 unterzeichnete Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Verteidigungsministerium von Montenegro über die Ausbildung von Angehörigen der Streitkräfte von Montenegro in Einrichtungen der Bundeswehr im Rahmen der Militärischen Ausbildungshilfe ist nach ihrem Artikel 15 Absatz 1

am 15. Oktober 2009

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 1. März 2010

Bundesministerium der Verteidigung  
Im Auftrag  
Dr. Weingärtner

**Vereinbarung**  
zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland  
und dem Verteidigungsministerium von Montenegro  
über die Ausbildung von Angehörigen der Streitkräfte von Montenegro  
in Einrichtungen der Bundeswehr  
im Rahmen der Militärischen Ausbildungshilfe

Das Bundesministerium der Verteidigung  
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Verteidigungsministerium  
von Montenegro,

im Folgenden „Vertragsparteien“ genannt –

in Erfüllung der in den OSZE-Dokumenten eingegangenen Verpflichtungen, militärische Kontakte zu erleichtern und zu fördern,

auf der Grundlage des Übereinkommens vom 19. Juni 1995 zwischen den Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrags und den anderen an der Partnerschaft für den Frieden teilnehmenden Staaten über die Rechtsstellungen ihrer Truppen (PfP-Truppenstatut),

auf der Grundlage der Vereinbarung vom 3. Juli 2007 zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Verteidigungsministerium der Republik Montenegro über die Zusammenarbeit im militärischen Bereich,

in dem Wunsch, ihre verteidigungs- und militärpolitische Zusammenarbeit zu intensivieren,

im Bestreben, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der militärischen Ausbildung aufzunehmen und zu entwickeln –

sind wie folgt übereingekommen:

#### **Artikel 1**

##### **Allgemeines**

(1) Das Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland übernimmt es, einzelne Angehörige der Streitkräfte von Montenegro in Einrichtungen und Einheiten der Bundeswehr im Bundesgebiet im Rahmen der Militärischen Ausbildungshilfe auszubilden.

(2) Der Umfang und die Einzelheiten der Durchführung der Ausbildung werden zwischen den Vertragsparteien oder deren Beauftragten jährlich vereinbart.

(3) Die gemäß Absatz 2 vereinbarten Ausbildungsvorhaben werden im Einzelnen in entsprechenden Projekterlassen geregelt, welche unter Angabe der jeweiligen Projektnummer über die Botschaft von Montenegro in der Bundesrepublik Deutschland an das Verteidigungsministerium von Montenegro gerichtet werden.

#### **Artikel 2**

##### **Begriffsbestimmungen**

Für die Zwecke dieser Vereinbarung bedeutet, soweit nichts anderes bestimmt ist,

1. „Auszubildendes Personal“: Angehörige der Streitkräfte von Montenegro und Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums von Montenegro, die nach Maßgabe dieser Vereinbarung in Einrichtungen und Einheiten der Bundeswehr ausgebildet werden.
2. „Entsendende Vertragspartei“: Das Verteidigungsministerium von Montenegro.
3. „Entsendestaat“: Montenegro.
4. „Aufnahmestaat“: Die Bundesrepublik Deutschland.

#### **Artikel 3**

##### **Geltendes Recht**

Diese Vereinbarung wird nach Maßgabe des jeweils geltenden innerstaatlichen Rechts der Vertragsparteien geschlossen. Bei Widerspruch zwischen den Bestimmungen dieser Vereinbarung und dem jeweils geltenden innerstaatlichen Recht der Vertragsparteien findet letzteres Anwendung. Im Falle eines Widerspruchs zwischen dem jeweiligen innerstaatlichen Recht einer Vertragspartei ist das innerstaatliche Recht des Aufnahmestaates maßgeblich.

#### **Artikel 4**

##### **Ausbildungsbestimmungen**

(1) Für die Durchführung der Ausbildung sind die für die Angehörigen der aufnehmenden Vertragspartei geltenden Regelungen anzuwenden. Das ausbildende Personal ist befugt, zur Durchführung der Ausbildung, insbesondere zum besseren Verständnis des Lehrstoffes sowie zur Durchsetzung der Hausordnung in den Ausbildungsstätten, dem auszubildenden Personal Weisungen zu erteilen. Die entsendende Vertragspartei weist das auszubildende Personal vor seiner Entsendung in den Aufnahmestaat an, den Anordnungen des ausbildenden Personals Folge zu leisten. Befehlsverhältnisse zwischen dem auszubildenden Personal und dem Personal der aufnehmenden Vertragspartei bestehen nicht.

(2) Die Ausbildung kann aus medizinischen oder disziplinarischen Gründen, wegen unzureichender Leistung oder man-

gelder fachlicher oder fremdsprachlicher Qualifikation des auszubildenden Personals vorzeitig beendet werden.

(3) Nach erfolgreicher Beendigung der Ausbildung erhält das auszubildende Personal von der aufnehmenden Vertragspartei einen Nachweis über die Teilnahme an der Ausbildung.

#### Artikel 5

##### Pflichten des auszubildenden Personals

(1) Die entsendende Vertragspartei weist das auszubildende Personal vor seiner Entsendung an:

1. das Recht des Aufnahmestaates zu achten,
2. sich jeder mit dem Inhalt dieser Vereinbarung nicht zu vereinbarenden Tätigkeit zu enthalten,
3. jede politische Betätigung im Aufnahmestaat zu unterlassen.

(2) Die entsendende Vertragspartei unterrichtet das auszubildende Personal über den Inhalt dieser Vereinbarung, bevor dieses in den Aufnahmestaat entsandt wird.

#### Artikel 6

##### Sprachkenntnisse

(1) Das auszubildende Personal muss der deutschen Sprache in Wort und Schrift so weit mächtig sein, dass es an der vorgesehenen Ausbildung teilnehmen kann.

(2) Einzelheiten über eine eventuelle Sprachausbildung beim Bundessprachenamt des Aufnahmestaates regelt der in Artikel 1 Absatz 3 dieser Vereinbarung genannte Projekterlass.

#### Artikel 7

##### Unterkunft und Verpflegung

(1) Dem auszubildenden Personal wird Gemeinschaftsunterkunft sowie Gemeinschaftsverpflegung unentgeltlich bereitgestellt. Einzelheiten werden in dem in Artikel 1 Absatz 3 dieser Vereinbarung genannten Projekterlass geregelt.

(2) Das auszubildende Personal kann auf eigenen Wunsch und auf eigene Kosten außerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte wohnen. Die aufnehmende Vertragspartei stellt in diesem Fall keine Unterkunft zur Verfügung. Sie ist aber bei der Beschaffung einer Wohnung im Rahmen des Möglichen behilflich.

#### Artikel 8

##### Bekleidung

(1) Während des Aufenthaltes im Aufnahmestaat bleibt für das auszubildende Personal die nationale Anzugsordnung des Entsendestaates in Kraft.

(2) Es ist stets die Dienstbekleidung der entsenden Vertragspartei zu tragen, die der für den jeweiligen Dienst vorgesehenen Dienstbekleidung der aufnehmenden Vertragspartei am ehesten entspricht. Für die Dauer der Ausbildung kann im Rahmen der Verfügbarkeit dem auszubildenden Personal Bekleidung (nur Feld- und Sonderbekleidung) und Sonderausrüstung entsprechend den dienstlichen Erfordernissen zur Verfügung gestellt werden. In diesem Fall sind auf der deutschen Dienstbekleidung die nationalen montenegrinischen Hoheitsabzeichen zu tragen.

#### Artikel 9

##### Militärische Sicherheit

(1) Die Vertragsparteien garantieren, entsprechend den jeweiligen Bestimmungen, den Schutz von Informationen und Erkenntnissen, die sie im Laufe der militärischen Ausbildung erhalten. Die Vertragsparteien verpflichten sich, diese Informationen und Erkenntnisse nicht zum Schaden der Interessen der anderen Vertragspartei zu nutzen.

(2) Bis zum Inkrafttreten eines entsprechenden Geheimhaltungsabkommens können bei der Durchführung dieser Verein-

barung keine Verschlusssachen zwischen den Vertragsparteien ausgetauscht werden. Die Vertragsparteien beabsichtigen, den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen in einem gesonderten Abkommen zu regeln.

#### Artikel 10

##### Unterstellung, Disziplinarwesen

(1) Das auszubildende Personal ist dem Verteidigungsattaché bei der Botschaft von Montenegro in der Bundesrepublik Deutschland unterstellt.

(2) Die aufnehmende Vertragspartei unterstützt im Rahmen des rechtlich Zulässigen den in Absatz 1 genannten Disziplinarvorgesetzten des auszubildenden Personals bei den Ermittlungen von Dienstvergehen. Die aufnehmende Vertragspartei ist nicht berechtigt, gegen das auszubildende Personal disziplinarische Maßnahmen zu verhängen oder zu vollstrecken.

#### Artikel 11

##### Gerichtsbarkeit

Die Gerichte und Behörden des Entsendestaates üben ihre Gerichtsbarkeit nicht im Aufnahmestaat aus.

#### Artikel 12

##### Medizinische Versorgung

(1) Im Falle der Erkrankung oder Verletzung kann auszubildendes militärisches Personal unentgeltlich ambulante oder stationäre Behandlung in den Sanitätseinrichtungen der aufnehmenden Vertragspartei erhalten. Die zahnärztliche Versorgung beschränkt sich auf Notfallbehandlung im Sinne dringlich notwendiger allgemeiner, konservierender und chirurgischer Behandlungsmaßnahmen.

(2) Kosten für medizinische Leistungen, die nicht in Sanitätseinrichtungen der aufnehmenden Vertragspartei erbracht werden können, trägt die entsendende Vertragspartei. Hierunter fallen zum Beispiel Kosten für:

1. ambulante Behandlung durch zivile Ärzte,
2. Krankentransporte, die nicht in Krankentransportfahrzeugen der aufnehmenden Vertragspartei durchgeführt werden,
3. stationäre Behandlung in zivilen Krankenhäusern,
4. Erholungskuren und Spezialbehandlungen,
5. von zivilen Ärzten verordnete Arznei- und Verbandmittel, die nicht aus dem Medikamentenvorrat der aufnehmenden Vertragspartei zur Verfügung gestellt werden können.

(3) Zu Beginn der Ausbildung ist ein Gesundheitszeugnis entsprechend dem von der aufnehmenden Vertragspartei vorgegebenen Formblatt vorzulegen. Das Gesundheitszeugnis muss im Einzelnen Aufschluss darüber geben, dass das auszubildende Personal:

1. frei ist von ansteckenden Krankheiten,
2. frei ist von Lungentuberkulose und dass hierzu eine Röntgenuntersuchung der Lunge stattgefunden hat,
3. frei ist von behandlungsbedürftigen Gesundheitsstörungen (Krankheiten, Verletzungsfolgen, Missbildungen),
4. zahnmedizinisch nicht behandlungsbedürftig ist,
5. entsprechend den Bestimmungen der Welt-Gesundheits-Organisation geimpft wurde.

Die dazu erforderlichen Untersuchungen sollen nicht länger als einen Monat vor der Abreise aus dem Entsendestaat zurückliegen.

(4) Falls einzelne gemäß Gesundheitszeugnis erforderliche Untersuchungen im Entsendestaat nicht durchgeführt wurden, ist dies auf dem Gesundheitszeugnis zu bescheinigen.

(5) Unabhängig von der Vorlage eines Gesundheitszeugnisses behält sich die aufnehmende Vertragspartei vor, auszubildendes Personal in Sanitätseinrichtungen der aufnehmenden Vertragspartei ergänzend untersuchen zu lassen.

(6) Für den Fall, dass sich auszubildendes Personal der Untersuchung nach Absatz 5 entzieht, findet Artikel 4 Absatz 2 dieser Vereinbarung Anwendung.

### **Artikel 13**

#### **Finanzielle Bestimmungen**

(1) Die entsendende Vertragspartei übernimmt nach den für sie geltenden Vorschriften folgende Kosten für das auszubildende Personal:

1. Dienstbezüge, übliche Zulagen und Entschädigungen,
2. Umzugskosten und Reisekosten bei Beginn und Beendigung der Ausbildung,
3. Überführungs- und Bestattungskosten und andere im Todesfall des auszubildenden Personals entstehende Kosten,
4. Ausgaben, die im Zusammenhang mit besonderen Dienstleistungen und Dienstreisen stehen, die während des Aufenthalts im Aufnahmestaat auf Weisung der entsendenden Vertragspartei erbracht werden.

(2) Die aufnehmende Vertragspartei übernimmt nach den für sie geltenden Vorschriften Transport- und Reisekosten im Zusammenhang mit Dienstreisen, die im Rahmen der Ausbildung auf Veranlassung der aufnehmenden Vertragspartei durchgeführt werden. Reisekosten, die auf Veranlassung der entsendenden Vertragspartei entstehen, werden von dieser getragen.

(3) Soweit in dieser Vereinbarung nichts anderes bestimmt ist, werden sämtliche Lebensunterhaltungskosten vom aus-

zubildenden Personal selbst getragen. Dies gilt auch insbesondere für die Entschädigung für verlorengegangene oder beschädigte Dienstbekleidung und persönliche Ausrüstungsgegenstände des auszubildenden Personals, die gem. Artikel 8 Absatz 2 dem auszubildenden Personal zur Verfügung gestellt werden.

(4) Alle sich im Zusammenhang mit der Ausbildung ergebenden finanziellen Fragen werden vor Beginn der Ausbildung zwischen den Vertragsparteien oder zwischen den von ihnen ermächtigten Dienststellen gesondert geregelt und in dem in Artikel 1 Absatz 3 dieser Vereinbarung genannten Projekterlass festgelegt.

### **Artikel 14**

#### **Beilegung von Meinungsverschiedenheiten**

Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Auslegung oder Anwendung der Bestimmungen dieser Vereinbarung werden zwischen den Vertragsparteien ausschließlich durch gegenseitige Konsultationen und Verhandlungen beigelegt.

### **Artikel 15**

#### **Schlussbestimmungen**

(1) Diese Vereinbarung tritt mit Unterzeichnung in Kraft.

(2) Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Sie kann jederzeit im gegenseitigen Einvernehmen schriftlich geändert, aufgehoben oder durch Anlagen ergänzt werden. Anlagen werden Bestandteil der Vereinbarung.

(3) Diese Vereinbarung kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten schriftlich gekündigt werden. Maßgebend für die Berechnung der Frist ist der Tag des Eingangs der Kündigung bei der anderen Vertragspartei.

Geschehen zu Berlin am 15. Oktober 2009 in zwei Urschriften, jede in deutscher und montenegrinischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für das Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland

Schönfeld

Für das Verteidigungsministerium von Montenegro

Zoran Boskovic

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten  
der Genfer Fassung vom 2. Juli 1999 (Genfer Akte)  
des Haager Abkommens vom 6. November 1925  
über die internationale Eintragung  
gewerblicher Muster und Modelle**

**Vom 1. März 2010**

I.

Nach Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes vom 29. Juli 2009 zu der Genfer Fassung vom 2. Juli 1999 (Genfer Akte) des Haager Abkommens vom 6. November 1925 über die internationale Eintragung gewerblicher Muster und Modelle (BGBl. 2009 II S. 837, 838) wird bekannt gemacht, dass die Genfer Akte nach ihrem Artikel 28 Absatz 3 Buchstabe b für die

Bundesrepublik Deutschland am 13. Februar 2010

in Kraft getreten ist. Die Ratifikationsurkunde ist am 13. November 2009 beim Generaldirektor der Weltorganisation für geistiges Eigentum hinterlegt worden.

Gleichzeitig wird bekannt gemacht, dass auch die Gemeinsame Ausführungsordnung zu den Fassungen des Haager Abkommens von 1999, 1960 und 1934 (BGBl. 2008 II S. 1341, 1342), die zuletzt auf der 26. Sitzung der Versammlung des Haager Verbandes (Genf, 22. bis 30. September 2008) geändert worden ist (BGBl. 2009 II S. 1037, 1038), in Bezug auf die Genfer Akte für die

Bundesrepublik Deutschland am 13. Februar 2010

in Kraft getreten ist.

Die Bundesrepublik Deutschland hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde unter Bezugnahme auf Artikel 30 Absatz 1 der Genfer Akte folgende Erklärungen abgegeben:

- „1. Die Bundesrepublik Deutschland teilt nach Artikel 7 Absatz 1 in Verbindung mit Regel 12 Absatz 1 Buchstabe c Ziffer i der Gemeinsamen Ausführungsordnung mit, dass sie zur Erhebung einer Standardbenennungsgebühr nach der Stufe 2 berechtigt ist.
2. Die Bundesrepublik Deutschland teilt nach Artikel 17 Absatz 3 Buchstabe c mit, dass die im deutschen Recht vorgesehene maximale Schutzdauer 25 Jahre beträgt.“

Die Erklärung zu 1. erstreckt sich auf alle Fassungen des Haager Abkommens, in deren Anwendung internationale Hinterlegungen möglich sind.

II.

Die Genfer Akte ist ferner für folgende weitere Staaten und Organisationen in Kraft getreten:

Afrikanische Organisation für geistiges Eigentum	am	16. September 2008
Ägypten	am	27. August 2004
Albanien	am	19. Mai 2007

Armenien	am	13. Juli 2007
Bosnien und Herzegowina	am	24. Dezember 2008
Botsuana	am	5. Dezember 2006
Bulgarien	am	7. Oktober 2008
Dänemark	am	9. Dezember 2008
Estland	am	23. Dezember 2003
Europäische Gemeinschaft*)	am	1. Januar 2008
Frankreich	am	18. März 2007
Georgien	am	23. Dezember 2003
Ghana	am	16. September 2008
Island	am	23. Dezember 2003
Kirgisistan	am	23. Dezember 2003
Kroatien	am	12. April 2004
Lettland	am	26. Juli 2005
Liechtenstein nach Maßgabe der unter III. abgedruckten Erklärung	am	23. Dezember 2003
Litauen	am	26. September 2008
Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik	am	22. März 2006
Moldau, Republik nach Maßgabe der unter III. abgedruckten Erklärung	am	23. Dezember 2003
Mongolei	am	19. Januar 2008
Namibia	am	30. Juni 2004
Oman	am	4. März 2009
Polen	am	2. Juli 2009
Rumänien	am	23. Dezember 2003
São Tomé und Príncipe	am	8. Dezember 2008
Schweiz	am	23. Dezember 2003
Serbien	am	9. Dezember 2009
Singapur	am	17. April 2005
Slowenien	am	23. Dezember 2003
Spanien nach Maßgabe der unter III. abgedruckten Erklärungen	am	23. Dezember 2003
Syrien	am	7. Mai 2008
Türkei	am	1. Januar 2005
Ukraine	am	23. Dezember 2003
Ungarn	am	1. Mai 2004.

### III.

Liechtenstein hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde unter Bezugnahme auf Artikel 30 Absatz 1 nach Artikel 17 Absatz 3 Buchstabe c der Genfer Akte mitgeteilt, dass die im Recht des Fürstentums Liechtenstein vorgesehene maximale Schutzdauer 25 Jahre beträgt.

Die Republik Moldau hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde unter Bezugnahme auf Artikel 30 Absatz 1 der Genfer Akte mitgeteilt, dass anstelle der nach Artikel 7 Absatz 1 der Genfer Akte vorgeschriebenen Benennungsgebühr eine individuelle Benennungsgebühr gemäß Artikel 7 Absatz 2 der Genfer Akte zu entrichten ist.

\*) Gemäß Artikel 1 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union in seiner durch den Vertrag von Lissabon geänderten Fassung (BGBl. 2008 II S. 1038, 1039), der am 1. Dezember 2009 in Kraft getreten ist (vgl. die Bekanntmachung vom 13. November 2009, BGBl. II S. 1223), ist seit dem 1. Dezember 2009 anstelle der Europäischen Gemeinschaft die Europäische Union als Vertragspartei aller völkerrechtlichen Verträge, deren Vertragspartner die Europäische Gemeinschaft war, anzusehen.

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz  
Postanschrift: 11015 Berlin  
Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin  
Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz  
Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II  
Postanschrift: 53094 Bonn  
Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn  
Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mbH.  
Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln  
Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln  
Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln  
Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln  
Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78  
E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 45,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 5,10 € (4,20 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

**Bundesanzeiger Verlagsges.mbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln**

**Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt**

Spanien hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde mitgeteilt, dass gemäß Regel 18 Absatz 1 Buchstabe b der Gemeinsamen Ausführungsordnung die vorgesehene Schutzverweigerungsfrist von sechs Monaten durch eine Frist von zwölf Monaten ersetzt wird.

Spanien hat außerdem mitgeteilt, dass gemäß Regel 18 Absatz 1 Buchstabe c Ziffer i der Gemeinsamen Ausführungsordnung die in Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe a der Genfer Akte genannte Wirkung der internationalen Eintragung spätestens sechs Monate nach dem in jenem Artikel genannten Zeitpunkt eintritt.

Berlin, den 1. März 2010

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Susanne Wasum-Rainer